

Stand: 17.05.2026 07:13:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1917

"Haushaltsplan 2019/2020; hier: Erhöhung der Eigenheimzulage auf eine jährliche Zahlung in einem Zeitraum von 8 Jahren (Kap. 09 04 Tit. 893 04)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1917 vom 14.05.2019
2. Beschluss des Plenums 18/2049 vom 15.05.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 15.05.2019 (EPL 9)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl**
AfD

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Erhöhung der Eigenheimzulage auf eine jährliche Zahlung in einem Zeitraum von 8 Jahren
(Kap. 09 04 Tit. 893 04)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2019/2020 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Bei Kap. 09 04 Tit. 893 04 wird der Ansatz für das Jahr 2020 von 150.000,0 Tsd. Euro auf 120.000,00 Tsd. Euro gesenkt. Des Weiteren wird in der zugehörigen Bemerkung der Wortlaut „einmaliger Festbetrag“ durch den Wortlaut „jährlicher Betrag für insgesamt 8 Jahre“ ersetzt.

Dafür sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 120.000,00 Tsd. Euro jährlich verteilt auf die Jahre 2021 bis 2026 einzustellen.

Begründung:

Die soziale Wohnungspolitik in Bayern ist derzeit von steigenden Miet- und Immobilienpreisen, sowie enormen Baukosten geprägt. Insbesondere für mittelständische Familien ist es daher nur schwer möglich, eigenes Wohneigentum zu erwerben bzw. zu erbauen. Dies führt bereits während der aktiven Berufsphase zu starker finanzieller Belastung und im weiteren Verlauf, bedingt durch gleichzeitig fallende Renten, zu einer beträchtlichen Steigerung von Altersarmut in Bayern. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken wird die Eigenheimzulage, die bisher auf einen einmaligen Festbetrag von 10.000 Euro ausgelegt ist, künftig jährlich in der Höhe von 8.000 Euro für eine Laufzeit von 8 Jahren ausgezahlt. Damit soll es auch dem bayerischen Mittelstand ermöglicht werden, Eigentum zu erwerben und sich für die Zukunft damit besser abzusichern.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Änderungsantrag der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** AfD

Drs. 18/1917

Haushaltsplan 2019/2020;

hier: Erhöhung der Eigenheimzulage auf eine jährliche Zahlung in einem Zeitraum von 8 Jahren

(Kap. 09 04 Tit. 893 04)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Georg Winter

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Bernhard Pohl

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Uli Henkel

Abg. Florian Ritter

Abg. Sebastian Körber

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Ursula Sowa

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Barbara Fuchs

Staatsminister Dr. Hans Reichhart

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Ferdinand Mang

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 09

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1244 mit 18/1246),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1269, 18/1270),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1129 mit 18/1148),

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/1268),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/1195 mit 18/1197, 18/1325 mit 18/1330),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1217 mit 18/1231),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/1156, 18/1157)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang u. a. (AfD)

(Drs. 18/1914)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes u. a. (AfD)

(Drs. 18/1916)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller u. a. (AfD)

(Drs. 18/1917)

Die drei zum Plenum eingereichten Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD wurden für Sie aufgelegt.

Die Gesamtredezeit für diesen Einzelplan beträgt auch hier wieder eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 20 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 11 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 8 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können 4 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu zwei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung beantragt hat. Über die zum Plenum eingereichten drei Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion ist ebenfalls gesondert, aber in einfacher Form abzustimmen.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Dr. Markus Bächler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte Sie ans Rednerpult. –

(Zurufe: Nein, erst als zweiter Redner!)

Das ist nicht angezeigt. Also, ich stelle fest, dass die langen Sitzungszeiten den Abgeordneten nicht geschadet haben, aber dafür den Computern.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, dann haben wir jetzt als nächsten Redner den Kollegen Winter. Ich bitte um sein Wort. Herr Abgeordneter Winter, bitte schön.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst herzlichen Glückwunsch Ihrem Haus, Herr Staatsminister Reichhart. Es hat das Einjährige hinter sich; mit dem Frühlingsanfang letztes Jahr ist es gestartet. Wir haben uns sehr schnell daran gewöhnt. Das ist ein gutes Zeichen. – Sehr wichtig ist aber, dass uns allen damit das Thema Wohnen, das aktuell im Brennpunkt ist, aber auch das Thema Pendler viel mehr ins Bewusstsein gelangt, und diejenigen, die wie auch wir betroffen sind, sehen, dass man sich ihrer Sorgen und Nöte annimmt. In diesem Bereich gibt es große Herausforderungen.

Ich möchte heute als Motto meiner Rede die Verfassungsänderung nennen, der die Bürgerinnen und Bürger mit dem Volksentscheid 2013 zugestimmt haben. Damit wurde in der Verfassung die Förderung und Sicherung von gleichwertigen Lebensverhältnissen und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern festgelegt. Das ist unsere Richtschnur, und ich freue mich immer, wenn ich auf die Internetseite des Finanzministeriums schaue, dass ganz am Beginn, Herr Neubauer, auch dieser neue Artikel 3 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung zitiert und damit der Auftritt eröffnet wird.

Dieser Doppelhaushalt bietet mit den 4,1 Milliarden Euro für das Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wichtige Grundlagen. Das lässt sich anhand von ein paar Beispielen gut darlegen; Stichwort: Wohnungsbau. Der Herr Ministerpräsident hat heute in seiner Rede die Themen mit angesprochen.

Bayern baut selbst: Da ist die neue BayernHeim GmbH, die dabei ist, 2.000 Wohnungen zu projektieren. Da sind unsere Stadibau und die Nürnberger Siedlungsgesellschaft, die ebenfalls 2.000 Wohnungen in den Brennpunkten realisieren werden. Da ist die Hilfe beim Kauf von Eigenheimen – die Bayerische Eigenheimzulage und das Baukindergeld Plus, eine Förderung, für die wir 375 Millionen Euro im Haushalt bereitstellen – und natürlich unsere bewährte bayerische Wohnraumförderung – diesmal für den Doppelhaushalt mit einem Bewilligungsrahmen in der gigantischen Größe von

1,7 Milliarden Euro. Damit kann viel getan werden. Allein für 2019 sind es 885 Millionen Euro.

Wir bleiben kommunalfreundlich; das zeigt das Beispiel Städtebauförderung. Erst jüngst waren wir vor Ort. Überall in den Stimmkreisen sind Projekte im Werden. Dafür haben wir im Doppelhaushalt 2019/2020 über 900 Millionen angesetzt. Nur um ein Gefühl für die Zahlen zu bekommen: Diese 900 Millionen Euro sind im Vergleich mit dem vorherigen Etat eine Verdoppelung. Diese Steigerungen – beim Wohnraum 48 %, und da gleich eine Verdoppelung um 100 % – können sich sehen lassen.

Jetzt aber die Frage: Wie kann man dem Verfassungsziel, das ich zitiert habe, gerecht werden, wenn man sich die Bevölkerungsentwicklung anschaut? Das Statistische Landesamt prognostiziert einen Zuwachs bis 2037 von rund einer halben Million Mitbürgern. 3,7 % sind ein stolzes Wachstum, eine positive Zahl, wenn sich die Mehrung auf ganz Bayern gleichmäßig verteilen würde. Die Prognose sagt aber etwas anderes; sie spricht nämlich für Dachau und Ebersberg beispielsweise von 13,2 % bzw. 13 % Zuwachs, also zweistelligen Zuwachsraten; leider gibt es auch zweistellige Minuszahlen. Der Kollege Baumgärtner kann davon konkret berichten; er wird heute noch sprechen. Da heißt es dann: Kronach minus 14 % oder Wunsiedel minus 14,3 %. Das ist die Herausforderung. Die Differenz, das muss man sich bewusst machen, beträgt 27,5 %. So weit geht die Bevölkerungsentwicklung auseinander. Damit wird es natürlich schwierig, das Verfassungsziel zu erreichen.

Besser wäre eine ausgewogene, gleichmäßige Entwicklung als diese Verdichtung im Ballungsraum, die natürlich zu Überforderungen beim Nahverkehrssystem führt. Das wird viel Geld kosten, wenn wir es ausbauen müssen.

Ebenso gilt dies auch für die Infrastruktureinrichtungen: Es wird sehr schwer, wenn wir im ländlichen Raum Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und Wohnungen schließen, die wir im städtischen Bereich, im Ballungsraum, aufbauen müssen. Dieses Verfassungsziel ist deshalb eine gute Vorgabe, eine wichtige Richtschnur.

Die Frage lautet: Was können wir tun? – Das Zauberwort heißt, die unterschiedlichen Verkehrssysteme und unsere Regionen besser zu vernetzen. Das ist der klare Hinweis und die Möglichkeit. Wie gesagt, die Synergieeffekte wären groß, und zwar auch für den Finanzminister: die extreme Verdichtung zu Höchstpreisen könnte abgemildert werden, die Finanzierung von bezahlbaren Wohnungen außerhalb der Ballungszentren wäre leichter, die Bildung von Eigentum als Existenzsicherung wäre für viel mehr Mitbürger möglich. Die Bürger könnten mit ihren gut vernetzten Eigenheimen an der Wertsteigerung teilnehmen und sich eine Alterssicherung aufbauen. Die Negativspirale – ich habe sie angeführt – von hohen Mieten, geringer Lebensqualität und weniger Möglichkeiten zur Familiengründung würde entschärft. Wir müssten nicht auf dem Lande im gleichen Maße das schließen, was wir im städtischen Bereich mit großem Aufwand neu installieren würden.

Dennoch ist ganz klar die Frage: Kann man das bewältigen? – Gott sei Dank kann man den Bürgern nicht vorschreiben, wo sie sich niederlassen, wo sie ihren Wohnsitz wählen; das ist ihre individuelle, persönliche Entscheidung. Wir können aber die Rahmenbedingungen gestalten. Trotzdem bleibt die Aufgabe gigantisch. Wir haben aber ein Beispiel bei uns in Bayern, bei dem wir dank guter Wirtschaftspolitik und Landesentwicklung bewiesen haben, dass es möglich ist. Ich nenne hier die Stichworte: Arbeitsmarkt, Vollbeschäftigung in Bayern.

Wenn man die Regierungsbezirke im Einzelnen betrachtet, finden wir eine Bandbreite zwischen 2,7 % und 3,5 %, das heißt, die Spreizung beträgt nur noch 0,8 %. Das zeigt – wenn man überlegt, wo wir vor Jahrzehnten standen –, dass man das heute bei einem optimalen Gesamtwert auf eine ganz geringe Differenz zusammengeführt hat. Es kommt also darauf an, dass wir das Ziel nachhaltig verfolgen und dass wir diese Herausforderung annehmen.

Wichtig ist auch, dass wir die Probleme des Ballungsraumes kennen und analysieren und dass wir die Probleme der ländlichen Räumen kennen und verstehen wollen und dies ideologiefrei tun; das ist der entscheidende Punkt. Man will gar nicht glauben,

welche Klischees hier bestehen. Obwohl wir uns wöchentlich hier treffen, gehen ganz unterschiedliche Sachen durch die Köpfe.

Die GRÜNEN wollen nicht akzeptieren, dass junge Menschen aus ländlichen Räumen abwandern, weil die Vernetzung mit den Zentren nicht ausreichend ist und der Arbeitsweg hin und zurück zu viel Zeit kostet: am Tag drei, vier Stunden oder mehr. Da sehen sie nicht die Möglichkeit, ihre berufliche Qualifikation und ihre Erwartungen in ihrem bisher angestammten Bereich zu erfüllen. Deshalb kann ich nur sagen: Obwohl ich persönlich nicht nur ein Fan des ÖPNV bin, sondern meine Jahreskilometerleistung mehrheitlich mit dem öffentlichen Nahverkehr zurücklege, und zwar als einer, der aus einem Raum mit besonderem Handlungsbedarf kommt, muss ich sagen: Wir kommen nicht umhin, in den ländlichen Räumen die Infrastruktur zu verbessern. Dazu gehören auch, wie es heute der Fraktionsvorsitzende Kreuzer gesagt hat, die Staatsstraßen; denn wir haben Räume in Bayern, die keine Autobahnen, keinen Zubringer und keine vierstreifige Bundesstraßen haben, die also schlicht auf das bayerische Straßennetz angewiesen sind, damit der Bus fahren kann, die Schiene zeitnah erreicht wird und so die Abwanderung gestoppt wird.

Wo müssen wir ansetzen? – Glücklicherweise brauchen wir das Rad in Bayern nicht neu zu erfinden. Es geht darum, dass wir ein Mobilitätskonzept in und für die Regionen in Bayern weiterentwickeln. Hier gibt es viele gute Ansätze, Herr Staatsminister Reichhart. Wenn es uns gelingt, zum Beispiel die Verkehrsverbünde einschließlich des Straßennetzes mit den Großräumen Nürnberg, München oder Augsburg besser zu vernetzen, dann werden wir erfolgreich sein und insbesondere die von mir beschriebenen Straßenlücken, die vorhanden sind, schließen. Das alles kostet Geld. Das Positive ist, dass die Steuerprognose besagt, dass wir in Bayern vom Bundestrend abweichen. Das hat auch damit zu tun, dass wir gut aufgestellt sind. Diesen Vorsprung gilt es zu halten. Schwieriger wäre es, wenn es bei der sehr unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung laut Prognose von 27,5 % bleiben würde. Wenn wir das System aus

ÖPNV und Nahverkehr besser vernetzen, kann es gelingen, diese Spreizung zu minimieren.

Positive Akzente hat unser Ministerpräsident gesetzt. Ich verweise auf die drei Regierungserklärungen vom April 2018, vom September 2018 und vom Dezember 2018. Er hat für die Koalition festgestellt, dass zur Nachhaltigkeit auch die Mobilität gehört. Der zunehmende Verkehr entwickelt sich zu einem echten Stressfaktor. Wir wollen daher eine Verkehrswende und dafür den Schienenverkehr, den ÖPNV, den Fahrrad- und den Autoverkehr besser aufeinander abstimmen. Das sind unsere Vorschläge.

Wir können es schaffen, dass Bayern weiterhin vorne bleibt, wenn wir die Balance zwischen dem investiven und dem konsumtiven Bereich halten. Nur dann wird Bayern eine Zukunft haben.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. – Herr Staatsminister, viel Erfolg bei der Umsetzung. Unsere Unterstützung haben Sie.

Zu den Anträgen der AfD kann ich nur kurz feststellen: Wir hatten drei Wochen intensive Beratungen im Haushaltsausschuss. Dorthin gehören die Anträge. Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe jetzt Herrn Dr. Markus Büchler auf.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern wartet auf die Verkehrswende, aber dieser Haushaltsentwurf, der uns vorliegt, bedeutet für die Verkehrswende in Bayern leider zwei weitere verlorene Jahre. Was will das Kabinett Söder im Verkehrsbereich? – Im Wesentlichen sind es drei Dinge: erstens Straßenbau, zweitens Straßenbau und drittens Straßenbau.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP – Hans Herold (CSU): So ein Schmarrn!)

– Regen Sie sich nicht künstlich auf. – Herr Staatsminister Reichhart war bei uns im Verkehrsausschuss und hat die wesentlichen Punkte seines Programms vorgestellt.

Was enthielt es? – Drei Bereiche: Bei der Schiene gibt es weiterhin die Mangelverwaltung, die wir kennen und die zu dem Bahnchaos führt, Bayern fastet weiter für die zweite Stammstrecke in München, beim Radverkehr werden wir weiterhin angewandte Homöopathie erleben. Als Sie, lieber Herr Minister, zum Straßenbau gekommen sind, haben Sie freudig – Zitat – "den Investitionshochlauf im Straßenbau, den wir erleben dürfen" verkündet. 2 Milliarden Euro könne man im Jahr 2019 verbauen. Es ginge noch viel mehr, weil man noch so viele Planungen in der Schublade habe.

Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wir schreiben das Jahr 2019. Das Weltklima gerät aus den Fugen. Die Jugend streikt, geht auf die Straßen und bangt um ihre Zukunft. Was macht die Bayerische Staatsregierung? – Sie feiert den – Zitat – "Investitionshochlauf im Straßenbau". Im Kabarett wäre das noch mittellustig, aber das Schlimme ist, dass Sie das auch noch ernst meinen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Sie wollen das Geld dazu verwenden, um Bayern weiter mit Straßen zuzubetonieren. Wir wollen damit Besseres machen. Das sieht man an unseren Änderungsanträgen. Wir wollen Busse im Stundentakt in jedem Dorf, zuverlässige Züge in den Ballungsräumen und kostenlosen Verkehr für Schüler, Studis und Azubis. Zum Glück haben Sie die 20 Änderungsanträge der klugen grünen Opposition auf dem Tisch. Alles ist seriös gegenfinanziert. Stimmen Sie doch einfach zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich greife nur drei Beispiele heraus. Erstes Beispiel: Wir GRÜNE wollen stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren und Nebenbahnen sichern. Das kostet bloß 10 Millionen Euro im Jahr. Das sind Peanuts im Vergleich zu den 200 Millionen Euro für den Fränkenschnellweg, mit dem Sie zusätzlichen Autoverkehr nach Nürnberg pumpen wollen.

(Zurufe von der CSU)

Ich meine, dieses Geld ist besser bei der Ilztalbahn, bei der Fuchstalbahn und den vielen anderen aufgelassenen Strecken im ländlichen Raum angelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, dass wir dabei zuschauen, wie zum Beispiel bei der Steigerwaldbahn, ebenfalls im ländlichen Raum, bald die Schienen herausgerissen und als Altmetall verschербelt werden. Die Landkreise vor Ort und wir wollen wieder Züge in dieser Tourismusregion sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zweite Beispiel: Im Wahlkampf hat der Herr Ministerpräsident dem Münchener MVV 35 Millionen Euro für billigere Tickets versprochen. Das ist super für München, aber was ist denn mit dem Rest von Bayern? – München leuchtet, Bayern bezahlt. Soll das die Devise sein? Zwar haben Sie dann doch unserem Drängen nachgegeben, und seit dem ÖPNV-Gipfel bekommen die anderen Großstädte auch ein bisschen, aber wir meinen: Wenn der MVV 35 Millionen Euro erhält, dann ist es recht und billig, wenn wir für den Rest Bayerns 100 Millionen Euro bereitstellen. Daher unser Änderungsantrag. So ist es gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist eigentlich mit den zusätzlichen Zügen, die Sie im Wahlkampf versprochen haben? – Damals hieß es, es gebe 15 Millionen Euro für das Schließen von Taktlücken alleine für den MVV. Wie versprochen, so gebrochen. Jetzt, nach der Wahl, soll das nicht mehr möglich sein. Es gebe zu wenig Gleise, zu wenig Züge und zu wenig Personal. Da frage ich mich: Kennt die Regierung zumindest im Wahlkampf die eigene Bahn wirklich so schlecht, oder hat man im Wahlkampf einfach eiskalt gelogen? Wir jedenfalls fordern in unserem Änderungsantrag 50 Millionen Euro für zusätzliche Zugfahrten, und zwar für ganz Bayern. Stimmen Sie zu! Wir bieten Ihnen heute die Topchance, ihr gebrochenes Wahlversprechen zu heilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das letzte Beispiel: 40 Millionen Euro nehmen Sie für den Radverkehr in Bayern in die Hand. Für eine einzige Stadt wäre der Betrag ganz interessant, aber für ganz Bayern taugt diese Summe nicht einmal als grünes Deckmäntelchen. Das langt nicht einmal für einen grünen Lendenschurz. Bei so viel Nacktheit setzt man sich dem Vorwurf der Erregung öffentlichen Ärgernisses aus, lieber Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen 3 Millionen Euro jährlich für die Planung von Radschnellwegen und danach auch den raschen Bau von Radschnellwegen in der Trägerschaft des Freistaats, um nur dieses Beispiel zu nennen.

Es gibt unendlich viel zu tun, damit die Verkehrswende gelingt. Fangen wir endlich an! Sorgen wir für eine pünktliche Bahn, für flächendeckende Verkehrsverbünde in ganz Bayern, und machen wir das Fahrrad zu einem sicheren und attraktiven Verkehrsmittel im Alltag!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Büchler. – Als nächster Redner hat der Abgeordnete Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister Reichhart! Ihr Ministerium ist das Schlüsselministerium zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Bayern. Deswegen kommt Ihrem Etat mit über 4 Milliarden Euro tatsächlich eine Schlüsselrolle zu.

Ich habe gut zugehört, lieber Herr Kollege Büchler; Sie sprachen von Kabarett im Zusammenhang mit dem Straßenbau. Das zeigt eindrucksvoll: Die GRÜNEN sind und bleiben eine Großstadtpartei und nichts anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Hans Herold (CSU): Genau so ist es!)

Fahren Sie doch mal im Landkreis Rhön-Grabfeld vom Ort Heustreu – vielleicht kennen Sie den Ort gar nicht – zu Ihrem Kollegen nach Gunzesried. Für diese rund 300 Kilometer brauchen Sie zwischen 6 Stunden 12 Minuten und 14 Stunden 12 Minuten. Das ist die Realität. Sie sagen, wir könnten stillgelegte Strecken der Bahn reaktivieren. Das finde ich gut. Die Staudenbahn, die Fuchstalbahn, sicherlich auch die Ilzalbahn und viele andere Bahnen wären es sicher wert, reaktiviert zu werden. Da bin ich dafür. Sie brauchen aber auch Leute, die auf diesen Bahnstrecken fahren. Das geht nur, indem Sie in ganz Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Dazu brauchen Sie nun mal Straßen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Auch wenn Sie herumschreien wird es nicht besser. Sie brauchen Straßen.

Im Übrigen sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen: Wir können diese Bahnen nicht durch Schwebebahnen reaktivieren. Wir werden auch für den ÖPNV Straßen bauen. Das ist nun einmal so, nachdem wir den Gesetzen der Schwerkraft unterworfen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Anstrengungen, die wir in den nächsten Jahren für den öffentlichen Personennahverkehr unternehmen, bedingen es, dass die Menschen in den ländlichen Räumen wohnen bleiben oder wieder zurückziehen. Im Übrigen ist es tatsächlich eine nachhaltige und gute Umweltpolitik, Sozialpolitik und Familienpolitik in einem, dafür zu sorgen, dass Wohnen und Arbeiten wieder an einem Ort möglich sind, ohne dass die Menschen 100 Kilometer und mehr pendeln müssen. Dafür werden wir in den nächsten Jahren Sorge tragen und unsere Anstrengungen aktivieren.

Den Straßenbau und die Schiene kann und darf man nicht gegeneinander ausspielen; denn die Verkehrsinfrastruktur ist der Schlüssel dafür, dass die Menschen in den länd-

lichen Räumen, in den kleinen und mittleren Städten wohnen bleiben und zunächst einmal sicherlich zum Arbeitsplatz pendeln. Aber wir denken bereits heute über neue Formen der Arbeitsorganisation nach. Wir werden hier mehr Flexibilität haben. Selbstverständlich sind gute Verkehrsanbindungen auch ein Argument dafür, dass sich ein Unternehmen nicht in dem preislich völlig überhitzten Großraum München ansiedelt. Nehmen Sie doch einmal die Zahlen zur Kenntnis: Im Jahre 1990 hatte die Landeshauptstadt München 1,2 Millionen Einwohner. Heute hat sie 1,5 Millionen Einwohner. Nach den Prognosen hat sie in 20 Jahren, also 2040, 1.850.000 Einwohner. Die Entwicklung wird noch rasanter voranschreiten, wenn wir nichts dagegen tun.

Wir sollten auch im Interesse der Landeshauptstadt München dafür Sorge tragen, dass sich der Einwohnerzuwachs verlangsamt; denn im Jahre 2016, um ein Jahr beispielhaft herauszunehmen, wurden in München 12.000 neue Wohnungen fertiggestellt. Der Zuzug belief sich aber auf 30.000 Personen, also um mehr als doppelt so viele. Auch mit diesen Zahlen muss ich Sie leider konfrontieren und quälen, nachdem Sie in München lange Jahre kommunalpolitisch Mitverantwortung getragen haben.

Mit diesen Zahlen können Sie machen, was Sie wollen. Damit können Sie über eine Beschränkung von Mietpreisen und sonst etwas diskutieren – es werden nicht mehr Wohnungen. Deswegen bleibt als die einzige Möglichkeit, in Bayern diesem Wahnsinn gleichwertige Lebensverhältnisse entgegenzusetzen. Das bedeutet: Wir müssen in die Verkehrsinfrastruktur, aber auch – und damit komme ich zum zweiten Punkt – in bezahlbaren Wohnraum investieren. Die Kosten für das Wohnen sind durch die Decke geschossen. Das hat nicht nur mit den Grundstückspreisen zu tun; denn die Grundstückspreise sind ein kleiner Teil davon, insbesondere im Geschosswohnungsbau. Da muss man nicht studiert haben. Das ist pure Mathematik.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Das kommt aber auf die Geschossflächenzahl an!)

– Ja, natürlich, das sagte ich gerade. Die Frage ist, wie hoch man baut. Bei zehn Stockwerken haben Sie natürlich den Kaufpreis für das Grundstück geteilt durch zehn. Das ist doch klar.

Herr Staatsminister, wir müssen aber auch dafür Sorge tragen, dass wir im Bund Einfluss nehmen; denn auf diesem Gebiet muss mehr getan werden. Es kann nicht sein, dass wir eine Energieeinsparverordnung nach der anderen haben, die das Bauen immer noch teurer macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei aller Sinnhaftigkeit des Energieeinsparens ist hier ein Grenznutzen erreicht. Das sollte jeder in diesem Hause zur Kenntnis nehmen.

Des Weiteren geht es um die Themen Brandschutz, Konjunktur, Baustoffe und insbesondere Bürokratie. Ich sage das nur stichpunktartig. Hier müssen wir darauf achten, dass wir die Bürokratie eindämmen, und zwar auch im Sinne und Interesse unserer eigenen Hochbauten im Freistaat Bayern. Wir müssen hier kostengünstiger bauen; denn je teurer wir bauen, desto weniger können wir uns leisten und desto weniger können wir fertigstellen.

Dazu gehört natürlich auch der Flächenverbrauch. Wir haben darüber heute schon beim Wirtschaftsetat gesprochen. Natürlich müssen wir mit der Fläche sorgsam umgehen. Da wird es einige Dinge geben, die wir zu verändern haben. Aber insgesamt bedeutet eine Verknappung von Flächen eine Verknappung des Angebots bei steigender Nachfrage. Natürlich können wir bei steigenden Preisen für Grund und Boden weniger bauen. Wenn man im Freistaat für eine Million mehr Bürger Wohnraum bauen will, aber nur begrenzte Flächen zur Verfügung hat, wird das Wachstum in den Städten, vor allen Dingen in den großen Städten stattfinden. Jetzt sind wir wieder bei gleichwertigen Lebensverhältnissen. Sie werden es mir nachsehen – Sie haben vorhin das Fuchstal angesprochen –, in Leeder werden Sie kein zehnstöckiges Haus errichten können. Das passt da schlichtweg nicht hin, auch wenn Sie vielleicht eine andere Vor-

stellung von Ästhetik und Landschaft haben; das geht einfach nicht. Bauen, Wohnen und Verkehr, das ist ein Dreiklang für eine gute Entwicklung in ganz Bayern.

Ich habe den ländlichen Raum angesprochen. Ich habe die Metropolen angesprochen. Als Drittes spreche ich die Mittelstädte an, die in unseren Diskussionen immer ein bisschen hinten herunterfallen, also Städte in der Größenordnung von 50.000 Einwohnern wie Landshut, Kaufbeuren, Kempten, Dachau. Diese Städte müssen ebenfalls stärker in den Blick genommen werden. Diese Städte, speziell in den Metropolregionen München und Nürnberg, können einiges an Wachstum aufnehmen. Aber wir müssen sie ertüchtigen. Wir müssen hier ganz sicher für den ÖPNV mehr Geld als bisher in die Hand nehmen, weil da der Nutzen etwas größer ist; denn zwischen einem Dorf und einem anderen einen Doppelstockbus einzusetzen, ist ökologisch unsinnig, wenn nur drei oder vier Leute mitfahren. Es ist nicht deshalb unsinnig, weil die Verbindungen zu schlecht sind, sondern weil zwischen den beiden Dörfern kaum jemand fahren oder sich bewegen will.

Wir haben hier eine große Aufgabe vor uns, bei der die Ideen aller gefragt sind. Das sage ich ganz offen. Man kann sich als Opposition natürlich immer zurücklehnen und kritisieren, kritisieren, kritisieren. Aber es ist sicherlich auch von Oppositionsseite aus gut möglich, kreative Gedanken einzubringen. Ich habe diese Rolle mit meiner Fraktion selber zehn Jahre eingenommen. Ich kann nur sagen: Wenn man gute Ideen bringt, dann kommen sie vielleicht nicht in den nächsten Haushalt, aber sie werden mittelfristig aufgenommen. Hier ist jeder von uns gefordert, an erster Stelle natürlich der Minister.

Wir haben bei der Bahn Baustellen von A bis Z. Da gibt es noch viel zu tun. Da darf man nicht drum herumreden. Natürlich müsste uns auf diesem Gebiet auch der Bund besser unterstützen. Da haben wir Nachholbedarf. Aber es ist eine sehr gute Entscheidung gewesen – das möchte ich zum Schluss sagen –, dass der Herr Ministerpräsident ein eigenes Ministerium geschaffen hat. Ohne dem Herrn Innenminister nahetre-

ten zu wollen, bei den vielfältigen Aufgaben, die er hat, war es natürlich schwierig, dass ein so wichtiger Bereich noch hinzugekommen ist.

Ich kann nur sagen, der vorliegende Haushalt deckt zwar nicht alle Wünsche ab und umfasst nicht all das, was wir gerne hätten, aber er ist gut gelungen. Ich denke, wir können alle mit gutem Gewissen zustimmen und dem Herrn Minister viel Erfolg und Glück bei der Umsetzung dessen wünschen, was wir hier mit diesem Haushaltsplan ermöglichen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Uli Henkel von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 09 für den Geschäftsbereich Wohnen, Bau und Verkehr verantwortet immerhin mehr als 4 Milliarden Euro und sollte damit sehr wohl dazu beitragen, unsere Heimat auch in diesem Bereich zukunftsfähig zu machen.

Bauen, bauen und noch einmal bauen für unsere bayerischen Menschen – das müsste im Grunde eine der Hauptdevisen dieses Doppelhaushaltes sein. So dachten wir jedenfalls. Aber was finden wir in diesem Einzelplan 09 nicht so alles vor?

Nur ein Beispiel sei genannt: Satt 150 Millionen Euro will die Staatsregierung beispielsweise jedes Jahr für das Programm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" ausgeben. Anstatt damit den dringend benötigten Wohnraum für unsere Bürger zu schaffen, soll das vom bayerischen Steuerzahler hart erarbeitete Geld dafür eingesetzt werden, Geflüchtete zu umsorgen.

Was aber könnte man mit diesem Geld doch so alles anfangen! Wenn man stattdessen diese 150 Millionen Euro beispielsweise den über 125.000 Rentnern zukommen

lassen würde, die laut DGB-Rentenreport Bayern 2018 in Grundsicherung oder Erwerbsminderung leben, wären das für jeden dieser Menschen monatlich immerhin nicht zu verachtende 100 Euro mehr.

Wir appellieren deshalb heute an die Bayerische Staatsregierung: Unterstützen Sie einfach unseren Änderungsantrag, sodass wir diese 150 Millionen Euro stattdessen für die Gründung und die Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften verwenden können; denn dort wären sie aus unserer Sicht deutlich sinnvoller eingesetzt. Zwar wäre auch das nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber immerhin würde dieses Engagement wenigstens in die richtige Richtung zeigen.

Die reale Wohnungsnot in Bayern und dabei insbesondere in den Großstädten ist unbestritten *diesoziale* Frage und damit *die* Herausforderung überhaupt. Hier müsste unserer Meinung nach geklotzt und nicht gekleckert werden. Das dürfte im Grunde allen Abgeordneten hier im Hohen Hause doch durchaus klar sein.

Lieber Herr Staatsminister Reichhart, schichten Sie den Doppelhaushalt für Ihr schönes und wirklich auch wichtiges Ministerium wenigstens teilweise noch ein wenig um und konzentrieren Sie sich doch bitte noch viel mehr darauf, bezahlbaren Wohnraum vor allem für die Empfänger kleiner und mittlerer Einkommen zu schaffen, damit auch diese für unser Gemeinwesen so wichtigen Menschen sich ein Wohnen in unserem schönen Bayern weiterhin leisten können. Solange dies aber nicht geschehen ist, müssen wir Ihren Haushaltsplan leider ablehnen. Herzlichen Dank für Ihr Verständnis.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist es ein Zukunftsministerium, über das wir uns im Augenblick unterhalten, weil es zwei der zentralen Themen für die Entwicklung Bayerns behandelt.

Zunächst zum Wohnen: Da gilt das, was wir schon in den letzten Jahren und auch heute wieder diskutiert haben. Wohnen ist die zentrale soziale Herausforderung in Bayern und wird es mit Sicherheit auch noch auf absehbare Zeit bleiben. Die Menschen sind bis tief in die Mittelschicht hinein von den massiv steigenden Wohnungspreisen und von der Wohnungsnot betroffen.

Beim Verkehr ist die Sicherstellung umweltfreundlicher und CO₂-neutraler Mobilität eine der zentralen Herausforderungen, denen wir im Freistaat Bayern gegenüberstehen. Wir wissen alle, welche Bedeutung die Mobilität für die Wirtschaftsentwicklung des Landes und auch für die Arbeitsplätze in allen Regionen dieses Landes hat. Vor diesem Hintergrund geht es natürlich auch darum, die Verkehrsinfrastruktur in Bayern umzubauen, um zu einer CO₂-neutralen Mobilität zu kommen.

Jetzt stellt sich mir die Frage, ob die Koalition mit diesem Haushaltsentwurf tatsächlich die richtigen Antworten auf die drängenden Fragen und Probleme gibt, denen wir uns in Bayern stellen müssen. Es hat lange gedauert, aber es ist uns tatsächlich gelungen, das Credo der CSU "Das geht uns alles nichts an, das regelt der Markt" zu beenden. Es wurde ein Bauministerium eingerichtet, gegen das man sich lange gewehrt hatte, und es wurde eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet, aber beides musste der CSU geradezu abgepresst werden.

Reicht das, was wir hier nun haben? – Die BayernHeim ist im Augenblick eher eine Blackbox für den Bayerischen Landtag und für die Öffentlichkeit als ein tatsächlich funktionierendes Unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Im Bayerischen Landtag kann nicht zur BayernHeim berichtet werden, weil man da noch am Anfang steht. Gleichzeitig werden aber munter irgendwelche Artikel kolportiert mit ordentlichen Zahlen, was man so alles bauen wolle. Erst kürzlich war in der "Immobilien Zeitung" ein Bericht über Augsburg. Wenn man sich das allerdings genauer ansieht, bemerkt man, dass die dort lancierten Zahlen nicht stimmen können, weil

die übrigens CSU-regierte Stadt Augsburg heftig widerspricht. Offensichtlich sieht man sich im Ministerium nicht imstande, sich mit den betroffenen Kommunen zusammenzusetzen, um zu einer vernünftigen Grundlage zu kommen.

Offenheit und Transparenz sind angesagt, wenn es um BayernHeim geht. Klare und nachvollziehbare realistische Ziele und Projekte müssen definiert werden, und dem Landtag gegenüber muss endlich mit offenen Karten gespielt werden.

Nach wie vor haben wir in Bayern keinen Überblick über die baureifen Grundstücke des Freistaats. Nach wie vor geschieht es nicht, dass baureife Grundstücke des Freistaates, Staatsgrundstücke, zu einem bezahlbaren Erbpachtzins an die Kommunen und die Genossenschaften weitergegeben werden, wenn dort bezahlbarer Wohnraum auf Dauer gesichert werden soll. Das ist eine Geschichte, für die wir nicht einmal die Haushaltsberatungen brauchen; das könnte man auch abseits davon beschließen und festlegen.

Im Koalitionsvertrag wurde eine längere Sozialbindung für 40 Jahre beschlossen; wir begrüßen das durchaus. Aber wir haben auch die Situation, dass sich in den letzten 20 Jahren der Bestand an geförderten Wohnungen halbiert hat. Wenn wir nicht in 10 Jahren mit noch weniger Wohnungen dastehen wollen, die dann zwar zum Teil eine Bindung von 40 Jahren haben, muss sich etwas ändern. Wir haben versucht, eine entsprechende Initiative einzubringen, nach der Wohnungen, die jetzt als geförderte Wohnungen gelten, längerfristig in der Förderung gehalten werden können. Die Bayerische Staatsregierung ist dem nicht nachgekommen. Das ist ein herber Schlag für den Wohnungsbau in Bayern bzw. für den Erhalt der geförderten Wohnungen in Bayern.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen keine Symbolpolitik mit ein paar Leuchttürmen. Wir brauchen strukturelle Antworten auf strukturelle Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt, so wie er hier vorgelegt worden ist, ist in diesem Punkt völlig unzureichend.

Ich komme zum Bereich Verkehr. Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat in seiner Rede heute darauf hingewiesen, die CSU würde die Versprechen mit diesem Haushalt einlösen. Speziell dieser Haushalt spricht eine andere Sprache. Ich verweise da auf den Brief des Bayerischen Städtetags von vorletzter Woche, in dem darauf hingewiesen wird, dass aus dem im Juni 2018 beschlossenen 100-Millionen-Programm der Staatsregierung für den ÖPNV in diesem Haushalt nur noch 76 Millionen Euro übrig geblieben sind. Vor dem Hintergrund der zentralen Bedeutung eines leistungsfähigen und in allen Landesteilen attraktiven ÖPNV für den Klimaschutz in diesem Land und für die Sicherstellung der Mobilität in allen Landesteilen stellt sich die Frage, ob die Schwerpunkte im Verkehr richtig gesetzt sind. Die Herausforderungen für die Städte und für die ländlichen Regionen sind sicherlich in manchen Punkten unterschiedlich. Ergänzende Maßnahmen des ÖPNV wie beispielsweise Ruf- und Bedarfsbusse haben nicht den Fokus, den sie eigentlich haben müssten.

Nein, umweltgerechte Mobilität braucht einen anderen Fokus, als er in diesem Haushalt vorgestellt wird: bessere Investitionen in Fahrzeuginfrastruktur, mehr Maßnahmen für Digitalisierung und Vernetzung, aber auch eine Ausweitung der Verbundstrukturen. So gut im Übrigen die Strukturreform beim MVV ist – als Münchner Abgeordneter bin ich sehr glücklich, dass es gelungen ist, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und zusammenzuspannen, darf natürlich nicht der Eindruck entstehen, dass München erhält, was anderen vorenthalten wird. Deshalb brauchen wir die entsprechenden Ausgleichsleistungen für die Nürnberger und für die Augsburger Verkehrsbetriebe, die dann auch sichergestellt und nicht nur durch eine Absichtserklärung in Aussicht gestellt werden sollten.

(Beifall bei der SPD)

Ein starkes Bayern braucht einen starken, umweltgerechten ÖPNV. Dazu gehört auch, Schritt für Schritt einen kostenlosen ÖPNV umzusetzen. Da Auszubildende und Studierende ein geringes Einkommen haben, wollen wir hier mit einem kostenlosen Jugendticket den ersten Schritt machen. Kolleginnen und Kollegen, wer verhindern will, dass ihn am Ende aufgrund der Umweltsituation die Gerichte zu Fahrverboten verdonnern, der muss attraktive Angebote machen. Das können nur Angebote im ÖPNV sein, die umweltgerecht und leistungsfähig sind und tatsächlich eine Alternative zu zwar sicherlich nicht allen, aber doch vielen Verkehren in Bayern darstellen können.

In diesem Ministerium wäre der umweltgerechte Umbau unserer Infrastruktur eigentlich zu Hause. Der vorliegende Haushaltsentwurf spricht allerdings eine andere Sprache und wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Deshalb werden wir ihm nicht zustimmen. Im Gegenzug fordern wir Sie auf, unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Sebastian Körber, FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die beiden großen Themenfelder, einerseits Wohnen und Miete, andererseits Infrastruktur, werden laut dem Bayerntrend des Magazins "Kontrovers" im BR aktuell immer unter den wichtigsten vier Problemen in Bayern genannt. Schaut man sich nun den Doppelhaushalt für die Jahre 2019/2020 an, so muss man leider mit Entsetzen feststellen: Es wird an den Symptomen herumgedoktert; leider werden die Ursachen nicht wirksam bekämpft.

Ich beginne mit der Bau- und Wohnungspolitik. In Bayern müssten wir eigentlich jedes Jahr 70.000 Wohnungen fertigstellen, allein um den Bedarf zu decken, den wir haben. Dieses Ziel wurde in den Jahren 2017 und 2018 um sage und schreibe jeweils über 10.000 Wohneinheiten klar verfehlt, sagt das Landesamt für Statistik. Um mehr zu

bauen, müssten wir auch die Kosten rund um das Thema Bauen insgesamt reduzieren und nicht immer nur bauen, bauen, bauen propagieren, wie es diverse Redner gerade getan haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann das schon gar nicht mehr hören. Das ist einfach zu wenig. Sehr geehrter Herr Minister, es ist auch für einen zuständigen Minister zu wenig. Man muss an die Ursachen ran. Und hören Sie bitte auf – gerade Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU –, immer nach Berlin zu schauen und zu sagen, Berlin ist daran schuld. Ich weiß nicht, ob Sie das immer vergessen wollen: Sie stellen als Partei CSU den Bundesbauminister. Das muss doch Hand in Hand gehen, da alles umzusetzen, was man machen kann. Das ist wirklich unerträglich.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Auch der Ministerpräsident hat hier versucht abzulenken. Er hat vorhin auf die Kommunen abgelenkt. Das geht natürlich auch nicht. Die Hausaufgaben sind gerade für uns auf der Landesebene in der Bayerischen Bauordnung zu machen; die muss deutlich entschlackt werden. Wir haben jetzt mittlerweile – das fokussiert die Staatsregierung anscheinend – eine dritte staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet, die sogenannte BayernHeim. Dazu haben die Kolleginnen und Kollegen von der SPD schon einiges gesagt, das muss ich nicht wiederholen. Es ist reine Symbolpolitik, unter aktuellen Marktgesichtspunkten geradezu absurd und die falsche Ebene, zu den jetzigen Baupreisen eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen. Sie konkurrieren dann mit unseren kommunalen Wohnungsbaugesellschaften vor Ort um die Grundstücke. Es wäre viel effektiver, wenn die das machen würden, die das auch können, das sind die Kommunen, das sind die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nehmen wir mal den Bereich Wohneigentumsbildung. Lieber Herr Minister, dazu sage ich gleich noch etwas. Ich freue mich natürlich, wenn Sie aus dem Wahlprogramm der FDP abschreiben. Ich schlage Ihnen aber dringend vor, unseren Dringlichkeitsantrag von letzter Sitzungswoche anzuschauen. Darin haben wir ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenprogramm dargestellt, wie

man den Wohnungsmarkt wirklich entlasten kann. Ich rate Ihnen, sich diese Punkte anzuschauen, bitte mit Fokus auch auf einer Entschlackung der Bayerischen Bauordnung. Da könnte man nämlich sehr viel mehr erreichen. Das hat die CSU jahrzehntelang verschlafen, obwohl sie in Bayern durchweg den Bauminister gestellt hat. Der beste Mieterschutz ist für uns als Freie Demokraten ausreichend bezahlbarer Wohnraum. Deshalb müssen wir diese Themen angehen.

Kommen wir zum Thema Wohneigentumsbildung. Am 9. Mai konnte man in der "Augsburger Allgemeinen" lesen, Herr Minister, dass ein Freibetrag – so steht es eigentlich im Koalitionsvertrag – ersetzt werden soll – so könnte man Sie demnach zitieren –, und Sie jetzt die Grunderwerbsteuer abschaffen wollen. Das stand in der "Augsburger Allgemeinen" vom 9. Mai. Das finde ich gut. Dabei haben Sie sofort die Unterstützung von uns Freien Demokraten. Warum Sie das allerdings – so ist es eingeschränkt – nur für Familien machen wollen – so kann es jeder in der Zeitung nachlesen –, verstehe ich nicht. Das sollte schon jeden betreffen. Stellen Sie das auf alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ab, nicht nur auf Familien; dann haben Sie sofort die Zustimmung der FDP, um die Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie abzuschaffen. Das wäre nämlich viel effektiver, als ein Baukindergeld Plus einzuführen oder eine Bayerische Eigenheimzulage. Die wird ins Leere laufen. Eine Eigenheimzulage hatten wir auf der Bundesebene schon einmal. Sie hat dazu geführt, dass die Baukosten gestiegen sind. Daher ist das klar abzulehnen. Deshalb haben wir Änderungsanträge eingebracht, um diese Posten zu streichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme nun zum Bereich Verkehr und Mobilität. Mit Blick auf den aktuellen Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs – das Straßennetz ist heute schon angesprochen worden – kann ich nur feststellen: Das ist immer noch grundsaniierungsbedürftig. Schauen Sie sich doch mal die Zahlen an, die der Bayerische Oberste Rechnungshof unabhängig gebracht hat. Ich zitiere: 38 % der Staatsstraßen sind in einem saniierungsbedürftigen Zustand. Weitere 22 % geben Anlass zur intensiven Beobachtung. – Zählt man das zusammen,

heißt das, dass 60 % des Staatsstraßennetzes eigentlich in einem nicht hinnehmbaren Zustand sind. Das summiert sich insgesamt übrigens auf einen Bedarf von etwa zwei Milliarden Euro, und das ist nur der Nachholbedarf, den man aus dem Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs ersehen kann. Jeder von Ihnen kennt doch sein persönliches Lieblings Schlagloch zu Hause im Stimmkreis.

(Hans Herold (CSU): Das müssen Sie mal den GRÜNEN sagen! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

– Ja, auch die GRÜNEN müssen da mitmachen. Uns haben Sie da an Ihrer Seite. Man muss halt Geld dafür einstellen.

Meine Damen und Herren, auf der Schiene sieht es nicht besser aus. Seit Jahren haben wir in Bayern mit erheblichen Verspätungen zu kämpfen. Das ist teilweise auch darauf zurückzuführen, dass die Kapazitäten fehlen. Aber auch hier wird leider nicht investiert. Immerhin sind Herr Staatsminister Reichhart und der Ministerpräsident – Herr Kollege Hartmann hat das schon angesprochen – schon wagemutig drei S-Bahn-Stationen miteinander gefahren und haben medienwirksame Bilder produziert, wie man an einem Fahrkartenautomaten das Ticket löst. Vielleicht sollten Sie sich einmal eine Woche lang dem ÖPNV vollumfänglich stellen, wie das die Pendlerinnen und Pendler in diesem Land tagtäglich tun, um zu erfahren, was einem da tatsächlich widerfährt. Bevor man Geld für ein sogenanntes 365-Euro-Jahresticket ausgibt, muss man doch erst einmal Geld für die Erweiterung der Kapazitäten zur Verfügung stellen, sonst nützt Ihnen doch das ganze Ticket nichts.

(Beifall bei der FDP)

Dieses 365-Euro-Jahresticket wird Bayern nach meinen ersten Schätzungen etwa eine halbe Milliarde Euro jedes Jahr zusätzlich kosten. Dafür ist jedoch noch kein einziger müder Euro im Haushalt hinterlegt, zumindest konnte ich ihn noch nicht finden. Das 365-Euro-Jahresticket ist im Wahlkampf versprochen worden. Es klingt halt gut,

es ist eine rein populistische Forderung. Das ist halt so ein echter, klassischer "Söder" gewesen.

Sie führen immer die Stadt Wien als gutes Beispiel an. 331 Millionen Euro werden dort jährlich an Subventionen bezahlt, nur in der Stadt Wien. Dort wurden die Kosten von 449 auf 365 Euro reduziert. Nehmen wir nur die ersten drei Ringe des Münchner Netzes: Da müssten wir von 600 Euro auf 365 Euro herunterkommen. Ich bin schon sehr gespannt, wie das funktionieren soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer aber ist der eigentliche Verlierer in diesem ganzen Spiel? – Das ist doch wieder einmal der ländliche Raum. Es sind die Bürgerinnen und Bürger des ländlichen Raums, die den ÖPNV für die Großstadt bezahlen. Und dann höre ich von den Koalitionsfraktionen etwas über gleichwertige Lebensbedingungen. Das ist geradezu lächerlich.

(Beifall bei der FDP)

Aufgrund dieser groben Verfehlungen können wir dem Einzelplan 09 insgesamt leider nicht zustimmen. Hier müssen die Hausaufgaben gemacht werden. Wir können den Haushaltsplan deshalb nur ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Jürgen Baumgärtner, CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Jürgen Baumgärtner (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Körber, zu wissen, was richtig ist, es aber nicht zu tun, ist feige. Sie reden hier über Berlin. Sie haben sich in die Büsche geschlagen,

(Sebastian Körber (FDP): Ich gar nicht!)

gemeinsam mit Ihrer Partei.

(Beifall bei der CSU)

Ich empfehle Ihnen deshalb mehr Mut zum Mitregieren. Dann hätten Sie alles, was Sie auf der Bundesebene verbessern könnten, auch einbringen können.

(Unruhe bei der FDP)

Ich will aber mit einem Dank beginnen. Danke für die gute Zusammenarbeit im Ausschuss. Das gilt auch für den Vorsitzenden. Ich sage das ausdrücklich. In diesem Ausschuss gibt es keinen Anflug von Ideologie. Die Ideologie beginnt immer nur dann, wenn eine Kamera eingeschaltet ist. So wenig, wie wir Ideologie in diesem Ausschuss an den Tag legen, liebe Kolleginnen und Kollegen, so wenig ist dieser Haushalt von Ideologie geprägt. Es ist ein Haushalt, in dem die Interessen von Stadt und Land ausgeglichen sind; es ist ein Haushalt, in dem die Interessen der Nutzer von Schiene und Straße ausgeglichen sind. Wir brauchen alle Verkehrsträger.

Ich möchte das eine oder andere hier beantworten. Herr Kollege Böhler, Sie sagen, wir brauchen keine Straßen. Das wäre alles zu viel.

(Dr. Markus Böhler (GRÜNE): Das habe ich doch nicht gesagt!)

70 % der Kosten für die Staatsstraßen bringen wir in den Unterhalt ein. Ich stelle mir die Frage: Wenn wir im ländlichen Raum keine Straßen mehr bauen und unterhalten würden, was wäre dann? – Dann würden die Menschen noch mehr in die Ballungszentren strömen.

(Hans Herold (CSU): So ist es!)

Da stellt sich für mich dann auch die Frage: Wie wollen wir es mit den Mieten machen? Wie wollen wir es mit dem Wohnen machen, mit dem ÖPNV? – Ihre Forderung ist im Ansatz nicht durchdacht. Sie haben vielmehr die Haltung eines verwöhnten Großstadtjungen. Das ist doch die Realität in diesem Land.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Sehr gut, Jürgen!)

Sie reden über die Reaktivierung von Bahnstrecken. Dazu hat die Regierungskoalition im Ausschuss Folgendes formuliert: Wir sind bereit, Bahnstrecken zu reaktivieren, wenn es ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. – Das haben wir gemeinsam beschlossen. Wir haben einen Berichtsantrag beschlossen, um uns das alles einmal anzuschauen. Wenn wir alle Bahnen reaktivieren würden, dann hätten wir – und das wissen Sie ganz genau – eine unwahrscheinlich schlechte Ökobilanz. Das wäre ungefähr zehnmal schlechter, als wenn Busse eingesetzt würden. Das wissen Sie. Heute rufen Sie nach Umweltschutz, morgen rufen Sie nach der Reaktivierung von Bahnstrecken. Das ist typisch für die GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Der Haushalt gibt Antworten auf die drängendsten Probleme in den Bereichen Bau, Wohnen und Verkehr. Ja, wir werden alle Versprechen einlösen. Wohnen, Bau und Verkehr ist aber ein Ressort, da braucht man ein bisschen Geduld. Da braucht man gute Ideen und ein bisschen Schaffensfreude. Glauben Sie mir, wir haben die Ressourcen, wir haben die Schaffensfreude, und wir haben auch die Ideen. Deshalb ein großes Lob an den Minister. Lieber Minister, lass dich nicht ins Bockshorn jagen. Wenn man Bau, Wohnen und Verkehr macht, braucht man Geduld. Du machst das wirklich sehr, sehr gut.

(Beifall bei der CSU)

Herr Ritter, herzlichen Dank für diesen sachlichen Beitrag. In der Frage der Erbzinsen bin ich auf Ihrer Seite. Darüber müssen wir gemeinsam reden, da müssen wir etwas tun. Ansonsten stellt sich immer die Frage, welche Schwerpunkte ich in einem solchen Haushalt setze. Alle Felder sind abgedeckt. Über Nuancen kann man sicherlich diskutieren. Ich glaube aber, dass wir in den grundsätzlichen Fragen auf einem guten Weg sind.

Lassen Sie mich fünf Punkte formulieren. Bayern hat einen starken ÖPNV. Der Freistaat Bayern investiert in den ÖPNV 300 Millionen Euro. Das ist ein starker Aufschlag, da muss man mir erst einmal zeigen, wo das sonst in Deutschland noch der Fall ist. Wir fördern weitere Verkehrsverbünde, wir schreiben die Bahnleistungen so aus, dass in Zukunft Verbünde möglich sind. Wir investieren 35 Millionen Euro in die Digitalisierung. Dabei geht es nicht nur um das digitale Ticket, sondern da geht es auch um Vernetzung und um Zuschnitte für den persönlichen Bedarf. Ja, ich bin besonders dankbar, wir investieren Gelder in innovative Verkehrspolitik. Das sind große Aufschläge. Bayern redet nicht, Bayern handelt.

Meine Damen und Herren, Bayern hat starke Schienen. Herr Büchler, wir haben Ihnen jetzt schon oft erklärt, dass für die Infrastruktur der Bund zuständig ist, nicht der Freistaat Bayern. Trotzdem halten wir in Bayern 125 Millionen Zugkilometer vor. Das ist eine Steigerung um 50 % in den letzten zehn Jahren. Das ist doch einmal ein Aufschlag.

(Beifall bei der CSU)

Wir weiten den Studentakt aus, wir verstetigen den Bayerntakt. Seit 1996 hat sich der Zuspruch zum Bayerntakt um 70 % erhöht. Wir finanzieren die Elektrifizierung vor, wir sanieren mit bayerischem Geld die Bahnhöfe. Wir legen zusätzliches Geld auf die Regionalisierungsmittel. Selbst wenn wir die Nutzung der Bahn um 100 % erhöhen würden, bräuchten wir, Herr Büchler, immer noch Straßen. Das will ich nur noch einmal sagen.

(Hans Herold (CSU): So ist es!)

Bayern unterstützt die Tarife. Das haben wir beim MVV in München gemacht, das machen wir aber auch bei allen anderen Verbänden, wenn am Ende einer Reform Verbesserungen stehen. Wir führen das 365-Euro-Ticket ein. Das ist im Übrigen auch eine Forderung der GRÜNEN aus der letzten Legislatur. Wir führen es ein, und ja, wir beginnen bei den Auszubildenden, wir beginnen bei den Schülerinnen und Schülern,

weil man bei irgendjemanden beginnen muss. Außerdem werden wir später auch die Kapazitäten erweitern müssen. Ich bin aber sehr froh und dankbar, dass wir jetzt in dieses Projekt einsteigen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist ein Fahrradland. Auch hierfür sind Mittel im Haushalt vorhanden. Über die Höhe kann man immer diskutieren. Wir haben noch fünf Jahre dafür Zeit. Ja, Bayern bleibt mobil, auch beim Staatsstraßenbau. Sie haben gesagt, Herr Kollege Körber, dafür müsste man einmal Geld einstellen. Es sind 310 Millionen Euro eingestellt; diesen Betrag wollen wir verstetigen. Ich denke, das ist ein großer Aufschlag. 70 % davon fließen in den Unterhalt. Ich glaube, in dieser Frage haben wir vieles richtig gemacht, was andere Bundesländer nicht mehr leisten können.

(Beifall bei der CSU – Dr. Ralph Müller (AfD): Und was ist mit der Milliarde?)

Man muss schon einmal darüber reden, was Sie hier eingebracht haben. Im Rechnungshofbericht heißt es, dass man ungefähr 20 Jahre braucht. Diese Einschätzung teile ich. Wenn wir die Staatsstraßen in einen sehr guten Zustand bringen wollen, werden wir eine Generation brauchen. Wir werden die Mittel dafür verstetigen. Selbst wenn wir jetzt die Mittel erhöhen würden, wäre unsere Verwaltung nicht in der Lage, dieses Geld auszugeben. Deshalb ist es gut, realistische Haushaltsansätze vorzusehen. Das haben wir mit diesem Haushalt gemacht.

Das Plus von 46 Millionen Euro bei den Planungsleistungen wird dazu führen, dass wir von der Bundesebene mehr Geld für Bayern bekommen, nämlich dann, wenn es in anderen Bundesländern mit dem Baurecht nicht funktioniert. Auch deshalb geht unser großes Kompliment an das Ministerium.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Zukunftshaushalt.

(Tobias Reiß (CSU): Sowieso!)

Von der Opposition hieß es vorhin, aus der CSU habe man das neue Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr quasi herauspressen müssen. Ich sage: Der Ministerpräsident hat die Zeichen der Zeit erkannt. Nach Übernahme der Regierung hat er dieses Ministerium geschaffen. Dafür danke ich ihm sehr herzlich. Alles erdenklich Gute! – Wir stimmen diesem Haushalt zu, weil er super ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin: Frau Ursula Sowa, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was bedeutet Wohnen? Was bedeutet es, ein Dach über dem Kopf zu haben?

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Das Verständnis davon hat sich offenbar gewandelt. Wohnen ist eigentlich ein Grundrecht, ein Menschenrecht, aber auf dem besten Weg, zu einer Anlageform zu mutieren. Die Folgen dieses Wandels wachsen uns jetzt über den Kopf. Das Ergebnis ist: Es fehlt nicht an Wohnraum an sich.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ach?)

Aber erschwinglicher Wohnraum fehlt an allen Enden, in Bayern vor allem in den Ballungsräumen, besonders hier in München.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Vor allem in den Ballungsräumen fehlt es nicht an Wohnraum? Wo haben Sie den bitte?)

Die Zahlen sind bekannt – Kollege Körber, auch Sie haben sie genannt –: 70.000 Wohnungen sollten eigentlich gebaut werden. Wir schaffen das nie und nimmer! Die Größe kann ich mir sehr gut merken. Ich komme aus einer Mittelstadt mit

etwa 70.000 Einwohnern; das ist Bamberg. 70.000 – das ist eine Größenordnung, die nicht zu verachten ist.

Im vergangenen Jahr wurden sage und schreibe 5.260 gebundene Mietwohnungen gebaut. 70.000 bräuchten wir.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Eben, genau!)

Gleichzeitig sind nahezu 4.000 Wohnungen aus der Bindung herausgefallen. Daran sehen Sie, dass die eilig aufgelegten Programme, die zwar nachgerüstet schon kamen, aber viel zu schwerfällig sind, nichts nützen; sie greifen nicht. Den Familien mit Kindern, den Studierenden und den anerkannten Asylbewerbern und Asylbewerberinnen nützen sie jedenfalls nichts. Sie alle brauchen ein Dach über dem Kopf, bekommen es aber nicht. Die Asylbewerber und Asylbewerberinnen müssen weiterhin in ihren Gemeinschaftsunterkünften ausharren.

Sehr geehrte Staatsregierung, mit den von Ihnen im Staatshaushalt vorgesehenen Investitionen schießen Sie treffsicher am Ziel vorbei.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wohin hätten Sie denn geschossen?)

Bestes Beispiel hierfür sind die Bayerische Eigenheimzulage und das Baukindergeld Plus. Das hätte es mit uns nicht gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP) –
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Noch weniger Wohnungen?)

Mit diesen Maßnahmen unterstützen Sie Eigentumserwerb von Menschen, die ohnehin über Eigenmittel verfügen. Was noch schlimmer ist: Ihre – in Anführungszeichen – "Zulagen" werden auf die Verkaufspreise aufschlagen. Eine sehr – auch wieder in Anführungszeichen – "soziale" Subventionspolitik!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie rechnen Sie das denn?)

Ich komme vom Bau – ich bin Architektin – und kann Ihnen sagen: Wenn ich weiß, dass mein Häuschen für 400.000 Euro verkauft werden soll, dann schlage ich halt die 50.000 Euro auf.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Beim Neubau?)

– Beim Neubau, zum Beispiel. Das wissen die Investoren leider sehr genau; ich kenne sie im Original.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Eine interessante Aussage!)

Herr Pohl will genau wissen, wie es gehen könnte; ich kann es ihm sagen: Was hilft, ist echter sozialer Wohnungsbau mit Mieten im einstelligen Bereich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die hier schon genannte Stadt Wien ist auch insoweit ein Vorbild. Dort sind Mieten von 5,50 Euro bis 6,50 Euro an der Tagesordnung, und noch besser: Zwei Drittel des Wohnungsbestandes der großen Stadt Wien sind in kommunaler Hand.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Österreich ist zwei Drittel so groß wie Bayern!)

– Aber Wien können Sie gut mit München vergleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Was ist denn mit der SPD und den GRÜNEN in München?)

Wir GRÜNEN fordern schon lange, dass im Sinne der sozialen Wohnraumförderung Sozialklauseln in den Bebauungsplänen verankert werden.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist Kommunalpolitik! – Hans Herold (CSU): Rot-Grün in München hat versagt!)

Wir wollen die Mittel erhöhen und verstetigen. – Sie sagen, das sei Baupolitik. Natürlich ist es Baupolitik!

(Tobias Reiß (CSU): Kommunalpolitik! Bayerische Verfassung!)

Wir können aber auch hier die Gesetze ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Hans Herold (CSU): Rot-Grün regiert in München seit Jahrzehnten!)

Eine schnell wirksame Maßnahme wäre, die Sozialbindungen im Bestand zu verlängern und neue Bindungen auf 40 Jahre und mehr anzupassen. Den Antrag unseres Kollegen Mistol haben Sie alle abgelehnt. Sie setzen auf Freiwilligkeit. Da kann ich nur mit dem Kopf schütteln.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Sie wollen wieder Sozialismus!)

Es gibt aber durchaus gute Ansätze. Wir sind uns einig, dass im Bereich der Städtebauförderung die Kernprobleme unserer Zeit angepackt werden können. 900 Millionen Euro stehen dafür im Haushalt zur Verfügung – prächtig, prächtig. Ich finde, das Soziale-Stadt-Programm ist in Ordnung. Die Erhaltung von Dorfkernen und flächenschonendes Bauen sind wichtige Punkte. Die Ökomodellregionen wurden schon genannt. Das alles ist super. Auch der experimentelle Wohnungsbau ist eigentlich ein gutes Projekt.

Die Crux ist, dass diese Programme teilweise veraltet sind, teilweise nebeneinander existieren und die Mittel nicht abgerufen werden. Manche Kommune kann nämlich den 40-prozentigen Anteil nicht mehr stemmen.

Regional- und Stadtentwicklung müssen in Gleichklang gebracht werden; darin sind wir uns alle einig. Wir GRÜNEN sehen großen Handlungsbedarf, die Städtebauförderprogramme an den Kriterien des Klimaschutzes und des flächenschonenden Bauens

auszurichten und, was besonders wichtig ist, den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, es gibt neue Formen des Wohnens, auch des gemeinschaftlichen Wohnens. Wir beobachten auch die deutliche Tendenz, urbane Gebiete viel stärker in den Vordergrund zu stellen. Das Bauen auf der grünen Wiese ist ein Auslaufmodell.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nur noch Hochhäuser?)

Ein Blick in die Zukunft: Gerade der Freistaat trägt große Verantwortung im Hinblick auf seine staatlichen Gebäude. Wir GRÜNEN wollen, dass der Freistaat seine Vorreiterrolle wesentlich stärker spielt, insbesondere im Hinblick auf energetische Sanierungen und auf Bauqualität. Im Bereich der energetischen Sanierungen wäre gerade im Schul- und Hochschulbereich ein großes Feld zu bestellen. Der Sanierungsstau nur bei den Schulen beträgt nämlich sage und schreibe 5,1 Milliarden Euro. Diese Zahl stammt vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband – BLLV –, einer ganz unverdächtigen Quelle.

Zum Schluss noch ein Wort zur Bauqualität, die ich als Baukultur bezeichnen will. Um Baukultur zu sichern, müssen wir unsere staatlichen Bauämter optimal ausstatten. Sie dürfen nicht durch Generalunternehmer ersetzt werden, sondern müssen weiterhin dafür sorgen, dass individuell geplant werden kann –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Ursula Sowa (GRÜNE): – und dass Architekturwettbewerbe stattfinden, um die besten Lösungen zu finden. Ein Satz noch: Diese Lösungen bleiben im Kostenrahmen, wenn sie sorgsam geplant werden. Das muss es uns wert sein, diesen baukulturellen Auftrag gemeinsam zu erfüllen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Franz Bergmüller, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren! Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin bin ich derjenige, der die Preise zahlt, auf die angeblich aufgeschlagen wird. Ich teile Ihre Meinung überhaupt nicht. Vorhin ist es ins Lächerliche gezogen worden, dass ich Gastronom bin. Ich bin auch Wohnungsbauunternehmer, weiß also sehr wohl, wovon ich hier rede. Ich kann sozusagen mitreden.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Was Sie alles sind!)

Wir sprechen uns gegen die sozialistisch angehauchten Instrumente aus, die in dem Volksbegehren zum Mietenstopp, von der SPD initiiert und vom Mieterverein mitgetragen, vorgeschlagen werden. Wir sind gegen das Einfrieren der Bestandsmieten etc. Wir sind gegen das Volksbegehren zum Flächenverbrauch. Im nächsten Absatz werde ich Ihnen andere Mittel vorschlagen.

Das Grundproblem sind die durch die Eurokrise veranlasste Nullzinspolitik und die daraus resultierende Immobilienblase. Im Bereich billigen Wohnens ist es die Zuwanderung; denn in den Kommunen konkurrieren die deutschen Sozialwohnungsnachfrager mit den Zuwanderern.

Eine weitere Ursache für die Wohnungsknappheit in den Ballungszentren ist die Vernachlässigung der Infrastrukturpolitik durch die langjährigen Regierungsparteien. Wir bräuchten schon lange eine Entzerrung des Ballungsraums München.

Die Baukostensteigerung der letzten zehn Jahre um 50 % ist auf immer mehr Vorschriften und Auflagen zurückzuführen.

Sehr geehrter Herr Wohnungsbauminister Reichhart, es hat mich gewundert, dass Sie in der Bayerischen Staatszeitung das EOF-Verfahren, die einkommensorientierte Förderung, überhaupt nicht erwähnt haben. Wir halten dieses Verfahren für ein sehr sinnvolles Instrument. Ilse Aigner hat es mit unserer Gemeinde auf den Weg gebracht, woran ich nicht unmaßgeblich beteiligt war.

Unsere Forderung ist, die drei Säulen voranzubringen. Auf die Eigenheimförderung wird mein Nachredner noch eingehen. Auf den sozialen Wohnungsbau ist mein Vorredner eingegangen. Im freien Wohnungsbau wollen wir mit einer Änderung des Baurechts mehr Verdichtung und höheres Bauen erreichen. Unser Wohnungsbauminister in Deutschland hat gemeint, dass dadurch 1,1 Millionen mehr Wohnungen möglich wären.

Wir wollen keinen Verkauf von staatlichen Wohnungen, wie es schon der Fall war. Wir wollen die Erhöhung des degressiven Abschreibungssatzes auf 8 % und eine Sonderabschreibungsmöglichkeit von 10.000 Euro über fünf Jahre auf Wohnungsausbauten in brachliegenden anderweitig genutzten Räumen. Ganz wichtig ist, dass die Fiktion auch bei den Kreisverwaltungsbehörden eingeführt wird und sie nicht nur bei den Gemeinden möglich ist. Bei den Kreisverwaltungsbehörden liegt vieles im Argen. Viele Bauunternehmer warten auf die Baugenehmigung. Natürlich müssen wir auch die Brandschutzauflagen reduzieren; die sind irrsinnig geworden. Dem muss ein Ende bereitet werden. Dafür sind die DIN-Ausschüsse zuständig. In diesen Ausschüssen dürfen aber nicht die Leute sitzen, die mit diesen Auflagen noch Geld verdienen.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): Das ist richtig!)

Ein Wort noch zum Verkehr. Der Kollege Winter hat erwähnt, dass wir unseren Antrag nachgezogen haben. Ja, nach der Geschäftsordnung für den Landtag können wir jederzeit Anträge einreichen. Vielleicht ist es uns etwas spät aufgefallen; ich habe mich als Arbeitskreisleiter noch eingeschaltet. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Der Staatsstra-

ßenbau ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Deswegen beantragen wir, hierfür Akzente zu setzen und die Mittel zu erhöhen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Dr. Ralph Müller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Ralph Müller (AfD): Sehr verehrte Damen und Herren, geschätzte Besucher des Bayerischen Landtags! Die erschwingliche und unkomplizierte Finanzierung eigengenutzten Wohnraums bedarf dringend einer besseren staatlichen Unterstützung. Sie, die Regierung, haben in den letzten Jahrzehnten diesbezüglich nicht Sozialpolitik pur betrieben, wie Ministerpräsident Söder großmundig in der Regierungserklärung verkündet hat. Im Gegenteil, Ihre Wohnungspolitik ist seit Jahrzehnten eine reine Politik des Versagens. Sie hat uns genau dieses Debakel am Wohnungsmarkt beschert. Das bestätigt zum Beispiel sinngemäß auch die Geschäftsführerin des Bayerischen Mieterbundes.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sinngemäß!)

Zudem verschärfen Hunderttausende kriminell zugewanderte Asylbetrüger die Situation am Wohnungsmarkt extrem.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Sozialistische Enteignungsprogramme schaffen keinesfalls mehr Wohnraum, sondern mehr Planwirtschaft.

Des Weiteren ist die CSU-Regierung, wie es mein Vorredner schon gesagt hat, für die EU-vertragsbrüchigen Bedingungen der Nullzinspolitik der EZB mitverantwortlich. Daraus resultieren fast ausschließlich Investitionen in Sachwerte. In der Folge sind die Immobilienpreise mit gigantischen Spekulationsgewinnen ausländischer Investoren ra-

ketenhaft in die Höhe geschossen. Diese Gewinne befeuern Sie mit Ihrer unsinnigen Währungspolitik auch noch weiter.

Weitere Unsinnigkeiten sind zum Beispiel die stetig steigenden Anforderungen der Energieeinsparverordnung – EnEV –, die Bauplanungen und Bauausführungen zusätzlich verteuern.

Das Ergebnis: Deutschland hat im europäischen Vergleich mit 51,4 % eine der niedrigsten Wohneigentumsquoten. Das ist eine Schande. Das ist alarmierend. Privates Wohneigentum ist aber wichtig, um spätere Altersarmut ehemaliger Leistungsträger der Gesellschaft zu vermeiden.

(Florian von Brunn (SPD): Sie gehören da nicht dazu!)

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse verhindern zudem den Aufbau einer privaten Altersvorsorge in weiten Kreisen der ehemals als Normalverdiener oder sogar Besserverdiener bezeichneten Erwerbstätigen. Hinzu kommt der absehbare rasante wirtschaftliche Abstieg Deutschlands und Bayerns; dieser trifft die Leistungsträger und Steuerzahler hart und ungerecht. Die Prognose für die Arbeitsplätze und somit für die Altersvorsorge von Millionen von Arbeitnehmern ist ungewiss und geradezu düster. Da wird Herr Söder mit seinem Selbstbeweihräucherungsgeschwafel von heute Vormittag und seinem zur Schau gestellten Zweckoptimismus bei vielen hart arbeitenden Bürgern nicht mehr gut ankommen.

(Widerspruch und Zurufe von der CSU – Zuruf von der CSU: "Geschwafel"?)

Wir, die AfD, fordern daher, das Wohnbauförderprogramm "Acht Mal Achttausend". Ihre Politik ist jämmerlich. Dies enthält nur einen wichtigen Baustein unserer sinnvollen und effektiven Maßnahmen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Dr. Müller, kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist erschöpft.

Dr. Ralph Müller (AfD): Jeder Bürger hat in diesem Förderprogramm acht Jahre lang das Recht auf eine jährliche Auszahlung von 8.000 Euro. Bei der vorgeschlagenen Gesamtsumme von 120 Millionen Euro ergeben sich 15.000 geförderte Wohneinheiten pro Jahr und damit ein auf lange Zeit den Wohnungs- oder Eigenheimerwerb unterstützender Anreiz.

(Alexander König (CSU): Der Zirkus Krone war gestern da!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Dr. Müller, kommen Sie bitte jetzt zum Ende.

Dr. Ralph Müller (AfD): Das Wohnbauförderprogramm "Acht Mal Achttausend" der AfD ist gerecht und unkompliziert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ende ist Ende!)

Insofern ist es auch weitsichtige Familienpolitik. Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Dr. Müller, bleiben Sie bitte am Mikrofon, wir haben eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Fuchs vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach nein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe, damit Frau Fuchs ihre Frage formulieren kann.

Dr. Ralph Müller (AfD): Legen Sie los!

Barbara Fuchs (GRÜNE): Ich muss eine Frage stellen. Sie und Ihre Kollegen – die Kolleginnen der AfD brauche ich gar nicht zu erwähnen, weil die in Ihrer Partei sowie so keine Rolle spielen – schaffen es, in jedem einzelnen Redebeitrag, egal zu welchem Thema, immer Zugewanderte und Geflüchtete zu diffamieren.

Dr. Ralph Müller (AfD): Genau!

Barbara Fuchs (GRÜNE): Das muss ich einmal aussprechen. Die einzige Frage, die mir dazu einfällt, lautet: Schämen Sie sich wirklich gar nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Ralph Müller (AfD): Nein! – Jetzt wollen wir hier einmal die Begrifflichkeiten definieren.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Oh!)

Zuwanderung und Flüchtlinge betrifft Menschen, die sich nachweislich entweder ein besseres Leben erarbeiten und sich in einer anderen Gesellschaft integrieren wollen oder mit einem Fluchtgrund wegen Krieg, Verfolgung oder Ähnlichem hierherkommen. Es betrifft aber nicht alle diejenigen, die schon unter Verstoß gegen das Grundgesetz, unter Verstoß gegen § 84 des Asylverfahrensgesetzes, unter Verstoß gegen § 95 des Aufenthaltsgesetzes und unter Verstoß gegen § 271 des Strafgesetzbuches – mittelbare Falschbeurkundung – hierherkommen. Mittelbare Falschbeurkundung liegt nämlich vor, wenn ich meinen Pass wegschmeiße und dann rechtswidrig und kriminell die Sozialleistungen unseres Staates beantrage. Von diesen Leuten sprechen wir. Diese Leute verschärfen im Übrigen die Situation am Wohnungsmarkt extrem. Das wollte ich noch anfügen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Müller, Ihre Redezeit ist erschöpft. Herzlichen Dank für Ihre Antwort. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Staatsminister Dr. Reichhart aufrufen. Bitte schön!

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Haushalt stellen wir im wahrsten Sinne des Wortes die Weichen für die weitere Zukunft des Freistaates

Bayern. Wenn man sich die Diskussion – abgesehen vom letzten Wortbeitrag – vor Augen führt, sieht man, dass uns diese Themen wirklich ernsthaft beschäftigen und dass wir hier ernsthaft um Lösungen ringen. Diese Themen betreffen jeden Bürger in Bayern, ganz egal, ob er auf dem Land oder in der Stadt wohnt, ob er jung oder alt ist, alt eingesessen oder erst seit Kurzem in Bayern lebend. Wir wollen anpacken und gemeinsam diesen Freistaat Bayern in eine positive und gute Zukunft führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr ist ein Gestaltungshaushalt. Über 10.000 Kolleginnen und Kollegen arbeiten jeden Tag daran, unseren Freistaat Bayern noch besser, schöner und vor allem lebenswerter zu machen. Das ist uns unser Bayern wert. Wir haben einen wunderschönen Fleck Erde geschenkt bekommen. Diesen Fleck Erde wollen wir gemeinsam weitergestalten. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist unser Auftrag. Dafür kämpfen wir. Wenn wir ehrlich sind: Genau dafür sitzen wir heute hier.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, bei den Themen Wohnen und Mobilität sollten wir nicht so sehr über das Ob diskutieren, sondern darüber, wie wir gestalten können. Alle Themen haben eine gigantische gesamtgesellschaftliche Relevanz. Deshalb brauchen wir auch gesamtgesellschaftliche und bereichsübergreifende Antworten. Wir brauchen Antworten aller politischen Ebenen, aber auch Antworten aller gesellschaftlich Beteiligten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Themen betreffen uns alle. Wir können sie nur gemeinsam bewältigen.

Mit dem vorliegenden Einzelplan 09 wird erneut massiv in die Zukunft unseres Freistaats Bayern investiert. Gegenüber dem Ansatz von 3,8 Milliarden Euro im Jahr 2018 erhöhen wir unsere jährlichen Investitionen auf rund 4,1 Milliarden Euro für die Jahre 2019 und 2020. Damit ist dieser Einzelplan trotz aller Unkenrufe einer der wenigen, der mit mehr als 5 % Steigerung zu Buche schlägt. Dies beweist: Wohnen, Bauen

und Verkehr im Freistaat Bayern sind uns allen ein Herzensanliegen und sollten es auch weiterhin sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig lautet unsere Prämisse: Wir wollen das Geld nur dort ausgeben, wo es wirklich nötig ist. Deswegen bauen wir für Bayern. Wir sind als Ministerium Dienstleister aller Ressorts. Wir bauen für den Bund und investieren damit kräftig in die Zukunft unseres Landes. Trotz der hohen Investitionen schaffen wir es in allen Bereichen, im Hochbau und im Tiefbau, die Personalkostenquote auf einem Level zu halten, auf dem sie noch nie war. Die Personalkostenquote liegt unter 10 %, gemessen am gesamten Bauumsatz. Damit ist sie einmalig niedrig. Wir investieren dort, wo es sein muss, in Projekte. Wir versuchen, das mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu gestalten. Dazu brauchen wir selbstverständlich zusätzliches und qualifiziertes Personal.

Wir müssen an der einen oder anderen Stelle nachsteuern. Aber die Personalkostenquote zeigt auch eines: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Geschäftsbereichs leisten hervorragende Arbeit. Ich möchte einfach die Gelegenheit nutzen, um Danke zu sagen. Ich danke für eine Arbeitsleistung, die weit über das geforderte Maß hinausgeht. Ich danke ihnen dafür, dass sie es sich zur Aufgabe gemacht haben, diesen Freistaat Bayern zu gestalten und weiterzuentwickeln. Dafür sind die Kolleginnen und Kollegen oftmals nachts, tags, 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr unterwegs, mit viel Herzblut und persönlichem Einsatz. Ihnen gilt unser gemeinsamer Dank. Ich danke allen herzlich, die täglich für uns unseren Freistaat Bayern gestalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf führt den Freistaat Bayern zusammen und spaltet ihn nicht. Wir investieren in den Schienenpersonennahverkehr und in den ÖPNV. Wir haben bereits in den letzten Monaten noch unter meiner Vorgängerin Ilse Aigner viele Schritte unternommen. Wir werden den öf-

fentlichen Personennahverkehr und die Zugkilometer weiter ausbauen. Aktuell schließen wir schon Taktlücken. Wir bieten ein flächendeckendes Angebot in ganz Bayern.

Ich möchte exemplarisch ein Projekt nennen, bei dem es immer hieß: Schließt doch bitte die Ortschaften, die Weiler, an. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie in den letzten Wochen und Monaten die Berichterstattung verfolgt hätten, hätten Sie gemerkt, dass wir genau das machen. Wir fördern flexible Angebote mit 40 % des Defizits. Wenn ein Flexbus oder ein Rufbus – wie man es nennen mag – vor Ort gefordert wird, der wirklich jeden Ort erreicht, wo die Leute den ÖPNV brauchen, fördern und unterstützen wir dies. Das ist ein Angebot, mit dem wir den ÖPNV gerade im ländlichen Raum stärken. So verstehen wir Politik in Bayern. Wir spielen nicht Stadt und Land gegeneinander aus, sondern überlegen uns gemeinsam Konzepte. Wir geben den Kommunen einen Werkzeugkasten an die Hand, damit der ÖPNV wirklich funktionieren kann. Wir verstehen Politik als Miteinander und nicht als Gegeneinander. Stadt und Land sollten nicht mit dem Finger aufeinander zeigen, sondern gemeinsame Konzepte suchen und anpacken. Auf diese Weise werden wir es auch in Zukunft machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, daneben investieren wir über 1,2 Milliarden Euro pro Jahr in die Schiene. Ich glaube, das Geld ist gut angelegt. Erlauben Sie mir kurz einen Punkt, der schon angesprochen worden ist, zu erwähnen. Wir würden uns alle wünschen, dass der Bund stärker in die Schieneninfrastruktur investiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, was im Koalitionsvertrag steht, sollte auch tatsächlich vom Bundesfinanzminister befürwortet werden. Das gilt für den barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe und die Elektrifizierung in Bayern. Wir sollten Maßnahmen ergreifen, die dort wichtig sind. Leider hören wir von der SPD in Berlin nur: Nein, das geht nicht. Das wollen wir nicht. Wir wollen in Sozialleistungen, aber nicht in die Infrastruktur investieren. – Ich würde mir wünschen, dass Sie Ihren Kollegen Olaf Scholz überzeugen. Lieber Herr Ritter, das gilt nicht nur für die Landespolitik der SPD, sondern auch für die Bundespolitik. Dementsprechend sollten Sie sagen: Lieber Genosse Scholz, machen

Sie doch etwas. – Sie haben doch einen Draht dorthin. Vielleicht können Sie ihn davon überzeugen, dass auch die Infrastruktur in Bayern wichtig ist. Das würde ich mir wünschen. Ich glaube, das würde sich der gesamte Freistaat Bayern wünschen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben den wichtigen Investitionen in den ÖPNV und den SPNV ist es selbstverständlich wichtig, auch in die Straße zu investieren. Die Straße ist Verkehrsträger Nummer eins in Bayern.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Wir haben genug Straßen!)

Busse brauchen auch Straßen, auf denen sie fahren können. Wir wollen unsere Autos auch weiterhin nutzen. Am Schluss wollen wir eines gewährleisten: Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, selbst zu bestimmen, welches Verkehrsmittel sie nutzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wir sollten nicht aus ideologischen Gründen sagen: Nur die Schiene und der ÖPNV sind wichtig. – Die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern sollen selber darüber entscheiden, was sie machen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Wollen Sie Politik machen oder nicht?)

Sie sollen selber entscheiden, ob sie den ÖPNV oder das eigene Auto nutzen. Wir wollen nicht verbieten, sondern Möglichkeiten eröffnen. Ich glaube, das ist einer der wesentlichen Unterschiede zwischen Ihnen und uns. Dafür werden wir auch weiterhin kämpfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen investieren wir selbstverständlich weiter in den Straßenverkehr. Allein in diesem Jahr investieren wir 350 Millionen Euro in die Staatsstraßen, davon zwei Drittel in den Bestandserhalt. Das zeigt, dass wir uns auch dort auf dem richtigen Weg befin-

den. Wir wollen unsere Staatsstraßen in einem optimalen Zustand erhalten. Wir wollen sie, wo es nötig ist, ausbauen. Wir wollen sie so ertüchtigen, dass alles funktioniert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir führen den Freistaat Bayern auch in allen anderen Geschäftsbereichen zusammen. Wir wollen im Freistaat Bayern Wohnungen für Menschen in allen Vermögenslagen schaffen. Im Rahmen des Doppelhaushalts investieren wir knapp 1,7 Milliarden Euro in die Wohnraumförderung. Lieber Herr Kollege Ritter, leider sind an Ihnen wohl einige Entwicklungen der letzten Wochen und Monate vorbeigegangen. Bereits die Landtagspräsidentin hat in ihrer Zeit als Ministerin die Wohnraumförderung für denjenigen, der es möchte, von 25 auf 40 Jahre verlängert. Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit eröffnet, bestehende Programme zu verlängern. Das sind Maßnahmen, die bereits laufen. Sie müssen nicht mehr gefordert werden. Wir haben das bereits gemacht, noch bevor Sie auf die Idee gekommen sind.

Deshalb richte ich auch an Sie eine Bitte. Sie halten den sozialen Wohnungsbau ganz hoch. Sie sagen: Der soziale Wohnungsbau muss passieren. – Ja, der soziale Wohnungsbau muss passieren. Olaf Scholz hat sich in Berlin hingestellt und ernsthaft verkündet, dass der Bund die Mittel für den sozialen Wohnungsbau von 1,5 Milliarden Euro auf eine Milliarde Euro kürzen will. Lieber Herr Kollege Ritter, wo sind denn da Ihre Anreize? Wo steht der soziale Wohnungsbau bei der SPD? Sie wollen den sozialen Wohnungsbau in Berlin verringern. Wir in Bayern bauen ihn aus und stärken ihn. Das ist Politik für den sozialen Wohnungsbau. Wir haben im letzten Jahr über 12.000 Wohnungen gefördert. Das ist gut angelegtes Geld. Damit wollen wir auch Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Das ist Politik, wie wir sie in Bayern machen. Wir verkünden nicht bloß irgendetwas, wir liefern, wir halten Wort. In dieser Weise sollten wir Politik verstehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Selbstverständlich – Kollegin Kaniber hat es bereits angesprochen – werden wir die Innenstadtentwicklung weiter fördern. In der Städtebauförderung haben wir viele Pro-

gramme aufgelegt: Innen statt Außen, Innenpotenzialerfassung, Flächenentsiegelungsmaßnahmen. In diese Maßnahmen werden über 100 Millionen Euro investiert. Das Beste, was wir machen können, ist der Erhalt von Leben in den Ortskernen und die Ansiedlung neuen Lebens. Ich glaube, das ist eine Aufgabe, die uns alle eint; wir sollten sie gemeinsam anpacken, wir sollten sie im Bereich Bau umsetzen.

Herr Kollege Baumgärtner und Herr Kollege Winter haben es bereits erwähnt: Selbstverständlich schauen wir uns die Bayerische Bauordnung intensiv an, nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Kosten, sondern auch unter dem Gesichtspunkt des ökologischen Bauens. Wir werden noch in diesem Jahr eine Novelle vorlegen, um den Baustoff Holz noch stärker zu fördern und als gleichwertigen Baustoff zu integrieren. Der Kollege Marcel Huber hat das immer erwähnt und gefordert: Nehmt das Holz auf. – Wir werden das tun. Das sollten wir als Wirtschaftsstandort Bayern vorantreiben.

Meine Kollegen, im Bereich der Mobilität sind wir offen für alles Neue: Seilbahnen als Nahverkehrsmittel – eine Zeit lang verlacht, inzwischen in vielen Städten in aller Munde und gang und gäbe –, Elektrobusse, alternative Antriebe für unsere Pkws samt der damit verbundenen Lade- und Tankinfrastruktur, das wollen wir in den nächsten Jahren offensiv vorantreiben.

Selbstverständlich – ich habe das bis jetzt leider von keinem von Ihnen bis jetzt gehört – steht auch die Vernetzung der Mobilität noch viel, viel stärker im Fokus. Wir müssen die Verkehrsträger untereinander vernetzen, Mobilitätsplattformen schaffen. Das ist keine Zukunftsmusik, das ist die Gegenwart. Wir müssen über alle Verkehrsträger hinweg denken: vom Fahrrad über den E-Scooter, den Bus, die U-Bahn, die Tram, die S-Bahn – von mir aus auch Flugtaxen, wenn sie mal fliegen – bis hin zum Automobil. Wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern Freiheiten geben, das gewünschte Verkehrsmittel zu nutzen. Das werden wir in den nächsten Monaten mit diesem Haushalt anpacken. Dementsprechend setzen wir die Akzente.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Überzeugung, dass wir unsere Mittel voll und ganz an den richtigen Stellen einsetzen. Mit dem Geld, das wir investieren, stoßen wir neue Investitionen an. Mit dem, was wir tun, schaffen wir überall in Bayern Chancen und packen wir die Zukunft des Freistaates Bayern offensiv an. Wir im Bauministerium kümmern uns um alle Themen, wir gestalten Zukunft. Lassen Sie uns diesen Freistaat Bayern, diese gesegnete Erde, dieses gesegnete Land, gemeinsam weiterbewegen. Lassen Sie uns die Themen Wohnen, Bau und Verkehr für die Menschen in unserem Land, für eine liebenswerte Heimat gemeinsam anpacken. Packen wir die nächsten zwei Jahre gemeinsam an!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Für die erste Zwischenbemerkung: Frau Rosi Steinberger. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, ich glaube, wir sind uns hier im Hohen Haus alle einig, dass wir den ländlichen Raum stärken wollen. Auch die Enquete-Kommission hat ergeben, dass gerade die Förderung des ÖPNV den ländlichen Raum besonders gut stärken kann.

Wir sind dafür, dass Bahnstrecken reaktiviert werden, wo immer das möglich ist. Es gibt nun den Fall, dass sich eine Bahnstrecke – ich nenne sie beim Namen, die Bahnstrecke Gotteszell – Viechtach – bereits im Probetrieb befindet und die Region dahintersteht. Nun scheitert das Ganze möglicherweise an einer starren Obergrenze, die auch von Ihrem Ministerium kommt. Sie sagen, 1.000 Personenkilometer pro Tag müssen gewährleistet sein, und zwar auf jedem Kilometer dieser Strecke. Deshalb meine Frage an Sie: Sind Sie bereit, von dieser starren Obergrenze abzurücken, wenn Sie wissen, dass sehr viele Bahnstrecken in Bayern mit wesentlich weniger beförderten Personen betrieben werden, und halten Sie weiter an dieser starren Grenze fest, wenn die Bevölkerung vor Ort hinter dem Projekt steht?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Liebe Kollegin Steinberger, der Kollege Baumgärtner hat bereits ausgeführt, dass Reaktivierungen ökonomisch und ökologisch sinnvoll sein müssen. Leere Züge fahren zu lassen, bringt nichts. Wir brauchen eine gewisse Zahl an Menschen, die diese Züge nutzen, sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen.

Wir haben diese Reaktivierungskriterien definiert; sie bestehen schon seit vielen Jahren und wurden in vielen Bereichen, zum Beispiel bei der Staudenbahn und vielen weiteren Bahnen, eingehalten. Ich bin zuversichtlich, dass ausreichende Nutzerzahlen erreicht werden, wenn die Region dahintersteht, wenn sie ihren ÖPNV darauf abstellen. Wenn sie sich darauf konzentrieren, dann findet man Lösungen. Die Reaktivierungskriterien sind auch aus ökologischen Gründen richtig, deshalb werden wir weiterhin so verfahren.

Ich befinde mich im Dialog über so ziemlich alle aktuellen Reaktivierungsmaßnahmen in Bayern. Wir sind in sehr vielen konstruktiven Gesprächen. Wir werden sie weiterhin konstruktiv und gut führen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächste Zwischenbemerkung: Frau Kohnen, SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Minister, wie ich Sie erlebe, glaube ich, dass Sie in der Argumentation klug genug sind, Olaf Scholz und den sozialen Wohnungsbau nicht so darzustellen, wie sie es gerade getan haben.

Ich will das mal kurz klarstellen: Ohne die SPD in den Koalitionsverhandlungen, die auch ich selber geführt habe, hätte es die Änderung im Grundgesetz nicht gegeben, dass der Bund überhaupt weiter in den sozialen Wohnungsbau investieren darf – Punkt eins.

(Beifall bei der SPD)

Punkt zwei. Sie sind eigentlich auch sonst klug genug zu wissen, dass es verschiedene Haushaltstitel im Bund gibt, aus denen der soziale Wohnungsbau gefördert wird. Das heißt bisher Entflechtungsmittel. Sie wissen auch, dass angesichts gesteigerter Zuwanderung da auch noch mal Wohnungsbaumittel hineingeflossen sind. Die 1,5 Milliarden Euro setzen sich aus verschiedenen Haushaltstiteln zusammen; deshalb würde ich diese populistische Argumentation einfach mal wegstecken.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Oberlehrerhaft!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Liebe Frau Kollegin Kohnen, wir haben uns letzten Donnerstag bereits über das Thema ausgetauscht, auch in Berlin. Das Traurige an der ganzen Sache ist, dass der Bund sich leider die Grundgesetzkompetenz geholt hat und trotzdem die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in summa kürzt, von 1,5 Milliarden auf eine Milliarde Euro. Es ist leider so, wie es im aktuellen Haushaltsentwurf steht. Ich würde mir wünschen – wir versuchen es über unsere Schiene –, dass auch Sie über Ihre Schiene darauf hinwirken, dass dieser Haushaltsansatz gleichgehalten werden kann. Er wurde wegen der Flüchtlingskrise erhöht; die Mittel im sozialen Wohnungsbau wurden in der Folge hochgefahren. Jetzt ist das Argument, man könnte wieder senken. Ich halte das für falsch.

(Widerspruch bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Zwischenbemerkung: Abgeordneter Mang, bitte.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Wohnbaugenossenschaften sind Unternehmen, die nicht profitorientiert arbeiten und schon vielen Menschen, auch in den Ballungsgebieten, günstigen Wohnraum ermöglicht haben und ermöglichen.

Meine Frage ist – vielleicht habe ich das auch überhört, dann bitte ich Sie, das noch einmal zu erläutern –, ob und wie die Staatsregierung mit dem aktuellen Haushalt Wohnbaugenossenschaften fördern möchte und welche Mittel sie dafür zur Verfügung stellt. Für den Fall, dass sie das nicht tut, haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Ich mache mir natürlich keine Illusion, dass Sie ihm zustimmen. Vielleicht nehmen Sie sich das aber beim nächsten Mal zu Herzen, um die Förderung der Wohnbaugenossenschaften voranzubringen.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Kollege Mang, wir fördern bereits jetzt den Wohnraum sehr umfassend. Sie müssen bei der Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften differenzieren, ob es sich um eine kommunale Genossenschaft handelt oder ob sie von Bürgerinnen und Bürgern gehalten wird. Dementsprechend sind auch die Förderinstrumentarien unterschiedlich. Es spielt eine Rolle, ob der Staat oder die Kommunen Eigentümer sind oder ob die Genossenschaft privat ist.

Wir investieren im staatlichen Bereich sehr viel über die Wohnraumförderung, um Maßnahmen zu ermöglichen. Wir bieten im Bereich des Kommunalen sehr viele Beratungsleistungen an. Wir versuchen auch über den sozialen Wohnungsbau Möglichkeiten zu eröffnen. Das heißt, Wohnungsbaugenossenschaften, Wohnungsbaugesellschaften haben auch schon jetzt Zugriff auf die staatliche Wohnraumförderung, wenn sie die Kriterien erfüllen. Ich halte das für ein gutes Projekt, um gemeinschaftlich Eigentum zu bilden. Da wird ein echter Beitrag geleistet, um Altersarmut vorzubeugen. Wir unterstützen schon jetzt und werden das auch in Zukunft tun.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Mir liegen auch insgesamt keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 09, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1129 mit 18/1148, 18/1156, 18/1157, 18/1195 mit 18/1197 sowie 18/1217 mit 18/1231, 18/1244 mit 18/1246, 18/1268 mit 18/1270 und 18/1325 mit 18/1330 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1772 zugrunde.

Ich lasse zuerst über die drei zum Plenum eingereichten Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion auf den Drucksachen 18/1914, 18/1916 und 18/1917 in einfacher Form abstimmen.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl (AfD) betreffend "Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Gewährung zinsgünstiger Darlehen für die Gründung und Bezuschussung von Wohnungsbaugenossenschaften" auf Drucksache 18/1914. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 18/1914 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl (AfD) betreffend "Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen" auf Drucksache 18/1916. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 18/1916 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die wiederum die AfD-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der GRÜNEN und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Herr Abgeordneter Swoboda? – Er ist gerade mit der Landtagspräsidentin im Gespräch. Herr Abgeordneter Swoboda, ich bräuchte bitte Ihr Abstimmungsverhalten. Ich habe soeben abgefragt, wer gegen den Antrag der AfD ist. –

(Heiterkeit)

Auch Herr Abgeordneter Swoboda (fraktionslos) ist dagegen. – Pardon, bitte wieder Ruhe. Wer enthält sich der Stimme? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Nun lasse ich noch abstimmen über den weiteren Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl (AfD) betreffend "Erhöhung der Eigenheimzulage auf eine jährliche Zahlung in einem Zeitraum von 8 Jahren" auf Drucksache 18/1917. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 18/1917 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist wiederum die AfD-Fraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – Die Fraktionen FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten sind ebenfalls dagegen. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Jetzt ist noch über die zwei Änderungsanträge der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 18/1219 und 18/1222, für die namentliche Abstimmung beantragt wurde, abzustimmen.

(Unruhe)

– Darf ich bitte Ruhe einfordern? – Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend "Wohnraumförderung – Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen", Drucksache 18/1219. Die Urnen sind bereitgestellt. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:44 bis 17:49 Uhr)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt.

Wir fahren fort mit der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr – Kostenloses Schülerinnen- und Schüler-, Azubi- und Studierendenticket" auf Drucksache 18/1222. Die Urnen stehen wieder bereit. Die Abstimmungszeit beträgt diesmal drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:50 bis 17:53 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird wieder außerhalb des Saales ermittelt. Die Sitzung wird bis zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse unterbrochen.

(Unterbrechung von 17:53 bis 17:57 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können wieder Platz nehmen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnraumförderung – Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen", Drucksache 18/1219. Mit Ja haben 35 Abgeordnete, mit Nein 114 Abgeordnete gestimmt. Es gab 36 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr – Kostenloses Schülerinnen- und Schüler-, Azubi- und Studierendenticket", Drucksache 18/1222, bekannt. Mit Ja haben 50, mit Nein 107 Abgeordnete gestimmt. Es gab 18 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 09. Der Einzelplan 09 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1772 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 09 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Art und Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Ich bitte, Stimmenthaltungen ebenso anzuzeigen. – Das ist die AfD-Fraktion. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht im Raum. Damit ist dieser Einzelplan angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen! – Das ist die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1772 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1218, 18/1244 mit 18/1246 sowie 18/1268 mit 18/1270 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 09 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Wohnraumförderung - Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen (Kap. 09 04 Tit. 893 03) (Drucksache 18/1219)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin			X	Fehlner Martina	X		
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian	X		
Aures Inge				Franke Anne			X
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			X
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara			X
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus	X			Ganserer Markus (Tessa)			X
Becher Johannes			X	Gehring Thomas			X
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal			X	Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus			X				
Busch Michael	X			Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin			X	Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian			X	Hartmann Ludwig			X
Demirel Gülseren			X	Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			X
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian			X
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			X
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian			X
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			X
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			X
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	35	114	36

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr - Kostenloses Schülerinnen- und Schüler-, Azubi- und Studierendenticket (Kap. 09 06 TG 65) (Drucksache 18/1222)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adje Benjamin	X			Fehlner Martina	X		
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian	X		
Aures Inge				Franke Anne	X		
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus			X	Ganserer Markus (Tessa)	X		
Becher Johannes	X			Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz			X	Glauber Thorsten		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin			X	Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard			
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael	X			Häusler Johann		X	
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Dr. Cyron Anne			X	Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian	X			Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina	X		
Dremel Holger				Henkel Uli			X
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin			X	Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra	X		
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			X
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			X
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			X
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			X
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	50	107	18

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 09

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verstärkung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 09 03 Tit. 701 48)
Drs. 18/1129
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Wohnraumförderung statt Kaufzulagen
(Kap. 09 04 Tit. 893 04, 893 05 und 863 69)
Drs. 18/1130
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Studierendenwohnraum schaffen
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 18/1131
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ländlichen Raum stärken – Bayerisches Städtebauförderungsprogramm aufstocken
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/1132
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrsunternehmen zum Ausgleich von Mindereinnahmen infolge der Integration in Tarifverbünde erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 683 70)
Drs. 18/1133
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Radverkehr in Bayern: Nicht-investive Mittel für den Radverkehr erhöhen
(Kap. 09 06 TG 80)
Drs. 18/1134
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen erhöhen
(Kap. 09 06 Tit. 984 70)
Drs. 18/1135
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Tarifzuschüsse außerhalb des MVV
(Kap. 09 06 neuer Tit.)
Drs. 18/1136
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Züge bestellen

- (Kap. 09 07 Tit. 683 51)
Drs. 18/1137
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Elektrifizierung des Schienenverkehrs voranbringen
(Kap. 09 07 Tit. 891 75)
Drs. 18/1138
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streckenreaktivierungen
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/1139
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Infrastrukturförderung von NE-Bahnen
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/1140
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen für SPNV-Projekte
(Kap. 09 07 neuer Tit.)
Drs. 18/1141
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Airport Memmingen streichen
(Kap. 09 09 Tit. 892 60)
Drs. 18/1142
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen für Bundesautobahnen kürzen
(Kap. 09 22 Tit. 771 70)
Drs. 18/1143
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vergabe von Ingenieurleistungen für Bundesfernstraßen kürzen
(Kap. 09 22 Tit. 772 70)
Drs. 18/1144
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Beim Staatsstraßenbau kürzen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)
Drs. 18/1145
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mehr Radwege bauen
(Kap. 09 40 Tit. 770 06)
Drs. 18/1146
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Radschnellwege
(Kap. 09 40 neuer Tit.)
Drs. 18/1147
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Mittel für bedarfsorientierte Bedienformen im ÖPNV erhöhen
(Kap. 09 66 TG 60)
Drs. 18/1148
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum
(Kap. 09 04 Tit. 883 11)
Drs. 18/1195

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum – Abwicklung früherer Programme
(Kap. 09 04 Tit. 883 01)
Drs. 18/1196
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt zur Zinsverbilligung im Rahmen der Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Wohnraum
(Kap. 09 04 Tit. 893 11)
Drs. 18/1197
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Veröffentlichungen
(Kap. 09 01 Tit. 531 21)
Drs. 18/1325
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ansätze für sonstige Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 09 02 Tit. 531 21)
Drs. 18/1326
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung des ÖPNV im ländlichen Raum
(Kap. 09 04 TG 60 neuer Tit.)
Drs. 18/1327
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung der Schaffung und größeren baulichen Instandsetzung von Studentenwohnraum
(Kap. 09 04 Tit. 893 68)
Drs. 18/1328
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse des Landes an Gemeinden zur Förderung des Städtebaus „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“
(Kap. 09 05 Tit. 883 67)
Drs. 18/1329
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse an Gemeinden, Gemeindeverbände und Verkehrsbetriebe für die Beschaffung von Elektrobussen
(Kap. 09 08 Tit. 883 03)
Drs. 18/1330
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Annette Karl, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren – Verstärkte energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 09 03 Tit. 701 48)
Drs. 18/1217
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Wohnraumförderung – Bezahlbarer Wohnraum durch längere Sozialbindungen
(Kap. 09 04 Tit. 893 03)
Drs. 18/1219
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Mittel für „Innen statt Außen“ durch Zuschüsse des Landes an

- Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen
(Kap. 09 05 Tit. 883 88)
Drs. 18/1220
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für ergänzende Maßnahmen des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 633 60)
Drs. 18/1221
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr – Kostenloses Schülerinnen- und Schüler-, Azubi- und Studententicket
(Kap. 09 06 TG 65)
Drs. 18/1222
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausgleichsleistungen für Tarifstrukturreform auch für den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) und den Augsburger Verkehrs- und Tarifverbund (AVV)
(Kap. 09 06 Tit. 663 60)
Drs. 18/1223
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Eisenbahninfrastrukturunternehmen für barrierefreie Eisenbahnverkehrsstationen
(Kap. 09 06 Tit. 891 52)
Drs. 18/1224
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Infrastrukturunternehmen, Aufgabenträger und Verbünde für Maßnahmen zur Digitalisierung und Vernetzung im Verkehr
(Kap. 09 06 Tit. 892 70)
Drs. 18/1225
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionshilfen an kommunale und private Verkehrsunternehmen für Fahrzeuge des allgemeinen ÖPNV
(Kap. 09 06 Tit. 893 60)
Drs. 18/1226
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen an Verkehrs- und Tarifverbünde sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ausweitung der Verbundstrukturen
(Kap. 09 06 Tit. 894 70)
Drs. 18/1227
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Seniorinnen- und Senienticket
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/1228
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Sozialticket für Bedürftige
(Kap. 09 06 neue TG)
Drs. 18/1229
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bau von Radwegen
(Kap. 09 40 Tit. 750 00)

- Drs. 18/1230
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Keine staatlichen Mittel aus der Wohnbauförderung für die BayernHeim
(Epl. 09 Anlage B Kap. 80 39)
Drs. 18/1231
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für die Bayerische Eigenheimzulage
(Kap. 09 04 Tit. 893 04)
Drs. 18/1156
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für das Bayerische Baukindergeld Plus
(Kap. 09 04 Tit. 893 05)
Drs. 18/1157